

BERICHT AUS DEM
ARCHIV FÜR GESCHICHTE DER PSYCHOLOGIE

PSYCHOLOGISCHES INSTITUT
DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG

Ulfried GEUTER

"Gleichschaltung" von oben?

Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen
in der Psychologie während des Nationalsozialismus

Oktober 1983

Historische Reihe Nr. 11

Zur "Historischen Reihe"

In der Vergangenheit haben sich historiographische Arbeiten, die aus dem Psychologischen Institut der Universität Heidelberg hervorgegangen sind, auf so viele, unterschiedliche und zum Teil "ferne" Publikationsorgane verteilt, daß selbst eigene Mitarbeiter es schwer hatten, sich ein Urteil über die Arbeit am Archiv für Geschichte der Psychologie zu bilden. Die Anregung, über die historiographische Arbeitsweise der Heidelberger Gruppe und ihrer Gäste, besser zu dokumentieren, kam erfreulicherweise von außerhalb. Wenn wir dieser Anregung damit gefolgt sind, daß wir innerhalb der "Berichte aus dem Psychologischen Institut der Universität Heidelberg" eine "Historische Reihe" begonnen haben, dann sollen mit ihr historiographische Konzeptionen und Forschungsbeispiele dargestellt werden, von denen wir hoffen, daß sie zur Diskussion um eine neue Form und Funktion der Historiographie der Psychologie beitragen. Alle Beiträge sind insofern als Diskussionspapiere gedacht; ihre Autoren erhoffen sich kritische Rückmeldung.

Das Archiv für Geschichte der Psychologie ist allen historiographisch arbeitenden Psychologen und anderen Wissenschaftlern, besonders den Empfängern der "Historischen Reihe", dankbar für die Überlassung von wissenschaftshistorischen Berichten, Dokumentationen, Sonderdrucken und anderen Veröffentlichungen.

C.F. Graumann
Archiv für Geschichte der
Psychologie
Universität Heidelberg
Hauptstr. 47-51
D-6900 Heidelberg
Bundesrepublik Deutschland

Bericht aus dem Archiv für Geschichte
der Psychologie

Psychologisches Institut der Universität Heidelberg

Historische Reihe Nr. 11

Ulfried Geuter

"Gleichschaltung" von oben?

Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen
in der Psychologie während des Nationalsozialismus

Oktober 1983

Diskussionspapier Nr. 38

Historische Reihe

bereits erschienen:

Nr. 1

Carl F. GRAUMANN: Theorie und Geschichte.

Nr. 2

William R. WOODWARD: From the Science of Language to Völkerpsychologie: Lotze, Steinthal, Lazarus, and Wundt.

Nr. 4

Carl F. GRAUMANN: WUNDT - BÖHLER - MEAD - Zur Sozialität und Sprachlichkeit menschlichen Handelns.

Nr. 5

Horst GUNDLACH: Folk psychology oder social psychology oder? Das Los des Ausdrucks 'Völkerpsychologie' in den englischen Übersetzungen der Werke Wundts.

Nr. 6

William R. WOODWARD: Hermann Lotze's Concept of Function: Its Kantian Origin and its Impact on Evolutionism in the United States.

Nr. 11

Ulfried GEUTER: "Gleichschaltung" von oben? Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen in der Psychologie während des Nationalsozialismus.

in Vorbereitung:

Nr. 3

Alexandre MÉTRAUX: Victor de l'Aveyron oder Zum Streit zwischen Kulturalisten und Biologen am Anfang des 19. Jahrhunderts.

Nr. 7

Gerhard SCHNEIDER & Alexandre MÉTRAUX: Peripheres zur Psychometrie: Wolff, Schumann, Galton und andere.

Nr. 8

Alexandre MÉTRAUX: Der Briefwechsel zwischen Aleksandr R. Luria und Kurt Lewin.

Nr. 9

Horst GUNDLACH: Inventarium der älteren Experimentalapparate im Psychologischen Institut Heidelberg sowie einige historische Bemerkungen (zweite, vermehrte Auflage).

Nr. 10

Carl F. GRAUMANN: The Individualization of the Social and the De-socialization of the Individual. The Contribution of Floyd H. Allport.

Ich möchte mich bei denjenigen Archiven bedanken, die mir eine Benutzung ihrer Aktenbestände und dadurch diese Studie möglich machten; für ihre Hilfe bei der Lokalisierung der hier benutzten Dokumente danke ich vor allem Herrn Plog, Staatsarchiv Hamburg, Herrn Glaser, Zentrales Staatsarchiv Potsdam, und Frau Professor Dr. Schwendler, Universitätsarchiv Leipzig.

"Gleichschaltung" von oben?

Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen in der Psychologie während des Nationalsozialismus

In Gesprächen über die Entwicklung der Psychologie im Nationalsozialismus und in der Literatur trifft man vielfach die Vorstellung an, das Fach sei damals von oben zerstört worden. Dabei fällt auch das Wort von der "Gleichschaltung", das in der diesjährigen politischen Selbstreflektion über den Nationalsozialismus öfter auftaucht und eigentlich ja ein Begriff aus der Sprache der "Gleichschalter" ist. Was meint dieses Wort, das nach Elektrotechnik klingt, aber Menschen und ihre Ansichten meint, oder in der Wissenschaft gar ganze Fächer? Wie sah in der wissenschaftlichen Psychologie die harte politische Wirklichkeit aus, die sich hinter diesem Wort verbirgt? Wer schaltete hier wen gleich, und wie und warum und gegen wessen Widerstand? Und gab es nur eine staatliche Gleichschaltung - von oben - oder auch entsprechende Versuche von unten? Gab es überhaupt so etwas wie eine konsistente Politik der nationalsozialistischen Machthaber gegenüber der Psychologie, Vorgaben, wie das künftig, als gleichgeschaltetes, auszusehen habe? War die Entwicklung der Psychologie vor allem - oder sogar alleine - von Versuchen der Gleichschaltung durch die Partei oder die staatliche Administration bestimmt und reduzierte sich die Politik von oben auf solche Versuche, oder spielten auch unter diesen Verhältnissen die Politik der Psychologen-Gesellschaft, einzelner Psychologen, der Fakultäten und Universitäten eine gewichtige Rolle? Welche Verhaltensmöglichkeiten und Oppositionsmöglichkeiten gab es?

Um der Beantwortung dieser Fragen näherzukommen, möchte ich mir nicht die ganze Psychologie vornehmen, sondern einmal exemplarisch ins Konkrete gehen und die Geschichte von Psychologischen Instituten beleuchten. Dabei will ich mich auf die drei damals größten Institute konzentrieren, diejenigen, die mit der größten Personalkapazität ausgestattet waren: Berlin, Hamburg und Leipzig. Die Geschichte dieser drei Institute ist sehr verschieden, und es lassen sich daher an den unterschiedlichen Vorgängen an diesen Instituten einige der allgemeineren Fragen studieren. Dabei möchte ich ins Detail gehen und die Fragen an einen Typus von Quellen herantragen, der in der kontinentalen Geschichtsschreibung der Psychologie noch wenig benutzt wird: aus den ministeriellen und universitären Akten.

Für die Gleichschaltungsthese gibt es zwei mögliche Ausgangspunkte. Man kann nach einer von der nationalsozialistischen Ideologie bestimmten inhaltlichen Gleichschaltung oder nach der Gleichschaltung entlang politischer Konstanten mittels der NS-Beamtengesetzgebung fragen. Eine umfassende inhaltliche Gleichschaltung von Fächern hätte eine konsistente Theorie vorausgesetzt, an der die Zuverlässigkeit einer besonderen wissenschaftlichen Theorie hätte gemessen wer-

den können. Die nationalsozialistische Ideologie war aber eher ein Konglomerat von Auffassungen als ein geschlossenes theoretisches System. In diesem Konglomerat gab es bestimmte Konstanten, wie die Meinung von der Höherwertigkeit der nordischen Rasse, von der Minderwertigkeit der Juden oder von der Notwendigkeit der gesellschaftlichen Organisation nach dem Führerprinzip. Gegenmeinungen an solchen Punkten hätten sicher zur Unterdrückung geführt. An anderen Punkten aber gab es verschiedene und sogar konkurrierende Konzepte bis in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat hinein, wo ideologische Fragen oft sehr pragmatisch im Zusammenhang mit Macht- und Kompetenzkämpfen angegangen wurden. Daher konnte es für eine Universitätsdisziplin unterschiedliche Erwartungen seitens verschiedener Parteistellen geben. Volker Losemann (1977) hat dies für das Verhältnis der SS und des Amtes Rosenberg zur Altertumswissenschaft nachgewiesen. Konkrete Erwartungen einzelner Parteistellen an die Psychologie wurden mir bei meinen Forschungen nicht bekannt. Vielleicht war die Psychologie als Disziplin einfach zu peripher. Jedenfalls hatten die Nazis kein Programm der inhaltlichen Gleichschaltung der Psychologie.

Die Gleichschaltung der NSDAP war eine politische und rassistische, die gleich zu Beginn der NS-Herrschaft erfolgt. Menschen jüdischer Herkunft und politisch Unliebsame, Kommunisten und Sozialdemokraten, sollten für den deutschen Staat nicht mehr Beamte sein dürfen. Entsprechende Hochschullehrer waren - nach dem Gesetz vom 7.4.1933 - in den Ruhestand zu versetzen oder zu entlassen. Wie traf diese erste und wesentliche Maßnahme nationalsozialistischer Politik die Psychologie und speziell unsere drei Institute?

Fünf der damals fünfzehn Ordinarien, die in Psychologie lasen, wurden an den Universitäten entlassen, Adhemar Gelb in Halle, David Katz in Rostock, Wilhelm Peters in Jena, William Stern in Hamburg und Max Wertheimer in Frankfurt (Geuter, 1982, S. 124 ff.). Jena wurde gleich mit Sander besetzt, Halle mit verschiedenen Vertretungsprofessoren; die Lehrstühle in Frankfurt, Hamburg und Rostock gingen der Psychologie verloren. Das hing mit der dort angewandten Regelung des § 6 des Beamtengesetzes zusammen, der besagte, daß zur Vereinfachung der Verwaltung Beamte in den Ruhestand versetzt werden können, wenn sie noch nicht dienstunfähig sind, und daß in diesem Fall ihre Stellen nicht wieder besetzt werden dürfen (Reichsgesetzblatt, 1933, 34, S. 176). Weitere nicht beamtete jüdische Professoren der Psychologie wurden ihrer Stellung enthoben. Versuche zur politischen Entlassung gab es am Berliner Institut gegenüber den Assistenten Karl Duncker und Otto von Lauenstein. Andere politische Entlassungen wurden mir nicht bekannt, wohl politische Schwierigkeiten wie bei Wolfgang Hochheimer in Halle.¹

Wie sah nun die Situation in Hamburg, Berlin und Leipzig aus? In Hamburg gab es 1931 neben dem Direktor fünf Assistenten, eine Hilfsassistentin und sechs technische Hilfskräfte. Hamburg war damit das zweitgrößte Institut nach Leipzig.

Die Assistenten waren Heinz Werner, Martha Muchow, H. Wunderlich, H. Krüger und E. Tripp, Hilfsassistentin war Betti Katzenstein. Als freie wissenschaftliche Mitarbeiter nennt der Bericht von Stern (1931, S. 191), dem diese Angaben entnommen sind, noch Martin Scheerer und Th. Bonte. Außer Stern wurden die jüdischen Mitarbeiter Heinz Werner (zum 30.6.33) und Betti Katzenstein (zum 31.7.33) entlassen.² Martha Muchow wurde als Mitarbeiterin eines "jüdischen Instituts" verschiedenen Diffamierungen ausgesetzt und sollte in den Schuldienst zurückgehen (Zinnecker, 1980, S. 21 ff.). Sie beging daraufhin am 29.9.33 Suizid. Martin Scheerer emigrierte. Das Hamburger Institut hatte mit Stern, Werner und Muchow seine drei führenden Kräfte verloren und war damit zunächst einmal als wissenschaftliche Arbeitseinheit stillgelegt.

Berlin hatte drei planmäßige und einen außerplanmäßigen Assistenten. Der Oberassistent Hans Rupp, von Nationalität Österreicher, konnte seine Stelle halten. Kurt Lewin war seit dem 1.4.1921 Assistent; er beendete seine Lehrtätigkeit, erhielt aber mit Unterstützung von Köhler noch eine zeitlang Urlaub, sogar über das vorgesehene Ende seines Vertrages hinaus. So wurde ihm für die Durchführung von Gastvorlesungen an der Cornell-Universität für das Wintersemester 1933/34 Urlaub bei Fortzahlung der Hälfte seiner Bezüge gewährt und auf seinen Antrag vom 27.5.1934 hin vom Ministerium gegen die Bedenken des Dekans und des Leiters der Dozentenschaft ein weiteres Urlaubsjahr genehmigt. Das Ministerium konnte damit zugleich die Entscheidung umgehen, ob man Lewin weiter lehren lassen sollte. Nach den eingesehenen Akten wurde er nie gekündigt. Einzelne Referenten im Ministerium schienen sogar geneigt, ihn wegen seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg im Amt zu belassen.³ "He resigned from the university before he was removed" (Mandler & Mandler, 1969, S. 401). Duncker war planmäßiger und von Lauenstein außerplanmäßiger Assistent. Beide wurden zunächst entlassen, dann auf Druck von Köhler wieder eingestellt und zum 1.4.1935 endgültig entlassen. Entlassen wurde auch der außerordentliche Professor für Musikpsychologie, Erich Hornbostel. Wolfgang Köhler, der Direktor des Instituts, versuchte schon bald, sein Amt niederzulegen, und ging 1935 (Henle, 1978; Ash, 1979).

Leipzig war das Institut mit dem größten Personalbestand. Er ließ sich leider bisher nicht genau rekonstruieren. Zeitweilig hatte das Institut bis zu sieben Assistenten und daneben verschiedene außerordentliche Professoren. 1929 war es in die folgenden Abteilungen mit folgenden Leitern untergliedert (Krueger, 1929): angewandte Psychologie und experimentelle Pädagogik unter Otto Klemm (a.o. Prof.), Meßmethodik und Sinnesfunktionen unter August Kirschmann (a.o. Prof. bis 1.10.1930), Gestaltpsychologie und verwandte zentrale Probleme unter Friedrich Sander (a.o. Prof. bis 1929), Entwicklungspsychologie einschließlich der Psychologie des Kindes unter Hans Volkelt (a.o. Prof. bis 1945) und Psychologie des Denkens und der Gefühle unter Karlfried Graf von Dürckheim, der Assistent war. Daneben existierte noch das Psychophysische Seminar mit dem planmäßigen außerordentlichen

Professor Wilhelm Wirth. Dieses große Institut wurde von der NS-Beamtenpolitik überhaupt nicht betroffen. Politisch zeichnete sich der Lehrkörper des Leipziger Instituts vielmehr durch seine Konzentration von Deutschnationalen und nationalsozialistischen Parteigängern nach 1933 aus. So kamen etwa fünf der neun Psychologieprofessoren, die das "Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat" (1933) unterzeichneten, aus Leipzig: Dürckheim, Klemm, Krueger, Volkelt und Wirth. Die anderen waren Ach, Anschütz, Ehrenstein und Jaensch; die Mitunterzeichner Lersch und Straub waren damals noch ohne Professur.

Die drei Institute waren also in sehr unterschiedlicher Weise von der politischen Gleichschaltung der Nazis betroffen. Verschieden war auch ihre nachfolgende Entwicklung. Hamburg verlor seinen Direktor, und das Institut lag danach weitgehend still. Hier kam es um die Wiederbesetzung der Direktorenstelle zu einem aufschlußreichen Dissens. Berlin hatte als einziges Psychologisches Institut einen Direktor, der sich öffentlich gegen die Entlassung jüdischer Gelehrter wandte (Köhler, 1933). Er versuchte auch, seine in Schwierigkeiten geratenen Assistenten zu schützen. Als ihm dies nicht mehr gelang, zog er die Konsequenz zu gehen. Die Psychologie wurde danach in Berlin zwar ohne quantitative Einbußen an Stellen, die auch außer der Direktorenstelle sogleich wieder besetzt wurden, aber unter gänzlich anderen Vorzeichen vertreten. Johann Baptist Rieffert versuchte, das Institut unter seine Leitung zu bekommen, scheiterte aber dabei. In Leipzig gab es einen Direktor, der 1935 auf Geheiß des Ministeriums zum Rektor der Universität avancierte, aber bald wegen einer philosemitischen Äußerung aus diesem Amt ausscheiden mußte. Um seine Nachfolge und um die Wiederbesetzung seiner Stelle im Jahre 1942 kam es zu Auseinandersetzungen, in denen fachliche und politische Differenzen ausgetragen wurden. Dies trifft auch zu auf die Habilitation eines Krueger-Schülers, um die es zu einem für unsere Fragestellung interessanten Konflikt kam.

Wie verliefen nun die kurz angesprochenen Konflikte an den drei Instituten und welche universitätspolitischen Strategien und Verhaltensweisen werden an ihnen sichtbar? Ich möchte die Entwicklung der Konflikte zunächst für die drei Institute getrennt besprechen und dann zu einigen Gedanken allgemeinerer und vergleichender Art kommen.

Das Hamburger Institut könnte man für das Beispiel eines Falles halten, in dem die Politik des Nationalsozialismus nicht nur eine wissenschaftliche Arbeitsrichtung von außen zerschlug und die wissenschaftliche Blüte eines Instituts - wie auch in Berlin - beendete, sondern darüber hinaus institutionell ein ganzes Institut praktisch lahmlegte. Aber war wirklich nur die Politik "von oben" dafür verantwortlich? Oder gab es Kräfte innerhalb der Universität, die zu dieser Entwicklung beitrugen? Wenn wir sie genauer untersuchen, fallen einige Besonderheiten auf, die das auf den ersten Blick entstehende Bild etwas zurechtrücken.⁴

William Stern wurde im April 1933 vom akademischen Senat der Universität gebeten, keine Vorlesungen mehr abzuhalten. Dem kam er nach. Noch im Laufe des Sommersemesters wurde er aufgrund des § 3 des Beamtengesetzes als Beamter von "nichtarischer Abstammung" zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Am 19.9.1933 betraute die Hamburger Landesunterrichtsbehörde den Erziehungswissenschaftler Gustaf Deuchler, der schon vor 1933 Parteimitglied war, mit der Vertretung der Professur für Psychologie und des Direktors des Psychologischen Instituts mit Wirkung zum Wintersemester 1933/34. In diesem Winter las Deuchler über "Einführung in die Psychologie der Gegenwart und ihre neuen Aufgaben". Sterns Lehrstuhl scheint an die Kunstgeschichte gegangen zu sein, nach anderen Unterlagen eventuell auch an die Vorgeschichte oder die Rassenbiologie. Doch hieß dies nun, daß die staatliche Administration oder die Partei das Schicksal der Psychologie als Fach in Hamburg besiegeln wollten? Oder wer hatte hier eigentlich welche Interessen und schlug Wege ein?

Das Institut war verwaist, und so nimmt es nicht wunder, daß aus dem Kreis der alten Institutsangehörigen, ein Begriff, unter den damals noch alle fielen, die an einem Institut arbeiteten, forschten und studierten, eine Eingabe zur Neubesetzung des psychologischen Lehrstuhls formuliert wurde. Sie wurde von Th. Bonte und Karl Zietz unter dem Datum des 30.7.1934 verfaßt. In der Eingabe wird beklagt, daß sich die Übertragung der Institutsleitung an Deuchler zum Schaden für das Fach auswirkte. Die Anzahl der Übungen und Vorlesungen entspreche nicht der wissenschaftlichen Stellung der Psychologie und ihrer Bedeutung, wie die beiden Volksschullehrer meinen, für die Lehrerausbildung. Ein geordnetes Studium sei nicht mehr möglich, und für den bisherigen hervorragenden Ruf des Instituts sei es bedauerlich, daß keine Doktorarbeiten mehr angefertigt würden. Es werde sicher nicht schwer sein, einen der bedeutenderen Vertreter der Psychologie - sie nennen Erich Jaensch, Oswald Kroh, Otto Klemm und Hans Volkelt, eine im Kontrast zu der nicht politischen Argumentation der Eingabe politische Liste - für Hamburg zu gewinnen. Es passiert nichts. Im Januar 1935 formulieren Zietz und Bonte einen "Vorschlag für die Schaffung einer rassenpsychologischen Forschungsabteilung am Psychologischen Institut der Universität". An die rassenkundlichen Fragen wollen sie im Sinne Kruegers typologisch und charakterologisch herangehen. Sie konkretisieren ihr Vorhaben allerdings so wenig im Sinne biologischer Rassentheorie, daß ihr Vorschlag von dem Hamburger Rassenbiologen Walter Scheidt eine Abfuhr erhält.

Nicht nur aus dem Institut heraus wurde auf die prekäre Situation in Hamburg reagiert. Der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Felix Krueger, setzte sich im Oktober 1933 gegenüber der Hamburger Landesunterrichtsbehörde für eine Wiederbesetzung des Hamburger Lehrstuhls ein. Er intervenierte aber nicht für Stern, sondern nur allgemein für die Vertretung der Psychologie. Jaensch unterstützte in einem Schreiben dieses Ansinnen. Auch bei ihm standen die Interessen

des Faches an erster Stelle: Den ihm politisch verwandten Gustaf Deuchler stellte er gegenüber der Behörde als inkompetent hin. Die Hamburger Landesunterrichtsbehörde wollte den Lehrstuhl sofort wieder besetzen. Im Februar 1934 schrieb die Philosophische Fakultät jedoch der Behörde, man sehe sich noch nicht in der Lage, Vorschläge für die Wiederbesetzung der Psychologie zu unterbreiten, solange die Vertretung der Philosophie nicht geklärt sei. Die Psychologie sei selbständig zu vertreten; dabei sei "die bisher in Hamburg betriebene starke Betonung der experimentellen Psychologie etwas zurückzustellen gegenüber allgemeineren und mit der sogenannten Völker-Psychologie verbundenen Aufgaben". Für die Psychologie stehe im Mittelpunkt die Aufgabe,

"Volk als seelisches Gebilde und von da aus die konkreten Lebens- und Schaffensbewegungen wie die Gestalt des Einzelnen aufzuhellen und aus der Idee einer universalen Weltanschauung heraus verständlich zu machen. Dabei wird sie sich ihrer sachlichen Nähe zur Rassenbiologie, Völkerkunde, Volkskunde, Soziologie und Geschichte ... bewußt sein".⁵

Am 25.6.1935 forderte die Behörde die Fakultät erneut auf, Vorschläge für die Wiederbesetzung der Psychologie zu unterbreiten. Doch will die Fakultät dem Ansinnen noch immer nicht konkret entsprechen. Sie ist viel nationalsozialistischer als die Administration und spricht sich am 4. Juli 1935 für eine Verbindung der Psychologie mit der Rassenkunde aus. Der neue Hamburger Professor für Rassen- und Kulturbioogie, Walter Scheid, solle das Fach vertreten, wobei seine Professur in eine für "Rassenbiologie und Psychologie" umgewandelt werde. Im Vorschlag der Fakultät heißt es:

"Im übrigen geht einhellig die Meinung der Fakultät dahin: Die Psychologie sei durch die Beliebigkeit der Themenstellung, Buntheit der Theorienbildung und durch literatenhafte Auswüchse gegenwärtig in eine so starke Desorientierung geraten, daß ein neues Aufbauen vom Grunde her notwendig sei."⁶

In seinem Begleitbrief spricht der Dekan davon, daß die Fakultät mit ihrem Vorschlag zur Verbindung der Psychologie mit der Rassenbiologie "einen neuen Weg" betrete; der Beschluß sei "fast einhellig" gefaßt worden.⁷

Man kann nun nicht wissen, ob die von der Fakultät hier niedergelegte Meinung ihre wirkliche Meinung war. Denn oft wurde unter politischen Argumentationen ein nacktes Interessenspiel verborgen. Schriftlich niedergelegte Beschlüsse und Briefe waren ja dazu da, den Adressaten zu überzeugen, in einer bestimmten Richtung tätig zu werden oder eben untätig zu bleiben. Jedenfalls setzten sich die Fakultät wie auch der Rektor für den Rassenbiologen Scheidt ein, und das hieß gegen Deuchler.

Deuchler votierte gegen Scheidt. In einem Sondervotum wirft er Scheidt vor, sachlich wie denkerisch für eine Vertretung der Psychologie nicht geeignet zu sein; außerdem stecke in den Äußerungen Scheidts zur Psychologie ein "Intellektualismus und physiologischer Assoziationismus auf der Grundlage eines positivistischen und biologistischen Monismus."⁸ Der Widerspruch ist einsichtig: Deuchler vertrat ja die Psychologie. Später tat er einiges, um sie als eigenständiges Gebiet unter seiner Regie zu stärken. So beantragte er am 26.10.1939 Versuchsräume für den Aufbau einer eigenen wehrpsychologischen Abteilung im Institut. Dieses Ansin-

nen wurde jedoch von der Universität und der Landesunterrichtsbehörde abgelehnt. Ebenso wenig war er mit einem Antrag auf Errichtung einer kolonialpädagogischen Assistentenstelle 1941 erfolgreich. Im Krieg legte er eine programmatische Schrift über die Möglichkeiten der Psychologie im "Osteinsatz" vor.

Interessen innerhalb der Universität schienen den Interessen der Administration zu widersprechen. Auch das 1934 gegründete "Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" in Berlin äußerte ab 1936 ein Interesse an der Wiederbesetzung der Psychologie. Zum einen sollte in Hamburg eine Hochschule für Lehrerbildung errichtet und die Vertretung der Psychologie dort mit der an der Universität gekoppelt werden. Zum anderen suchte man von Berlin aus den Alt-Pg Heinrich Schole und den deutschen Professor Carl Jesinghaus unterzubringen, der 1933 die Universität in Buenos Aires verlassen mußte. Mit Schole versuchte es das Ministerium auch in Halle, Berlin und Königsberg (vgl. Geuter, 1982, S. 134 ff.). Doch die Universitäten in Halle und Hamburg hielten den wenig renommierten Privatdozenten nicht für genügend qualifiziert. Wenn man sieht, daß die Fakultät nur zwei Jahre nach ihrem Vorschlag zur Verbindung von Psychologie und Rassenbiologie 1937 gegen Schole mit dem Argument vorgeht, man brauche einen Vertreter der Entwicklungspsychologie, so bestätigt sich der Eindruck, daß die Argumente willkürlich gewählt sind, um kaum durchscheinende innere Machtkämpfe zu flankieren. Deuchler will Schole 1936 als Extraordinarius, nicht jedoch als Ordinarius berufen lassen, und 1937 setzt er sich für ihn unter der Bedingung ein, daß die beiden außerordentlichen Professoren der Psychologie in Hamburg, Georg Anschütz und Bruno Petermann, wegberufen werden. Wollte Deuchler vielleicht nur einen in seinen Augen schwachen Dozenten neben sich haben? Anschütz wiederum schrieb an den Dekan, Schole sei Judenfreund und habe sich in einer Publikation vor 1933 ausführlich auf einen jüdischen Gelehrten gestützt. Beim Kampf um Professorenstellen hörte die vielgepriesene Kameradschaft auch bei zwei Parteigenossen auf.

Für die Zeit zwischen 1937 und 1941 ließen sich in Hamburg keine Akten dazu finden, wie die Angelegenheit der Wiederbesetzung der Psychologie weiter verfolgt wurde. Anfang 1942 wurde, um dem Erlaß der Diplom-Prüfungsordnung von 1941 gerecht zu werden, ein planmäßiges Extraordinariat für Psychologie eingerichtet, das dann der Gaudozentenbundsführer Anschütz bekam. Damit war eine neue Planstelle für Psychologie geschaffen. Um das Karussell der Geschichte zu vervollständigen: Nach der politisch bedingten Entlassung von Anschütz nach dem Krieg wurde dessen Professur für die Archäologie verwendet, Sterns Ordinariat wiedererrichtet und dem Emigranten Curt Bondy übertragen.

Das Schicksal des psychologischen Lehrstuhls in Hamburg war nicht von oben besiegelt worden. Vielmehr zerrieb sich die Wiederbesetzung der Psychologie in einem Interessenkampf, der erst durch den administrativen Akt der DPO und dem damit eintretenden Erfordernis, die Psychologie durch eine planmäßige Professur zu vertreten, ein Ende fand. Die Landesunterrichtsbehörde hatte sich für eine neue Be-

setzung der Psychologie ausgesprochen. Dafür wurde auch die Deutsche Gesellschaft für Psychologie aktiv. Das Reichsministerium wollte einen alten Parteimann unterbringen oder einen nach Deutschland zurückgekehrten Professor. Die Fakultät wollte einem Rassenbiologen das Lehrgebiet der Psychologie übertragen und der Erziehungswissenschaftler Deuchler das ihm einmal übertragene Feld behaupten. Verstehen wir die "Gleichschaltung" inhaltlich als den Versuch, eine mit der nationalsozialistischen Lehre übereinstimmende Psychologie zu etablieren, dann könnte man am ehesten die Pläne der Fakultät als einen solchen Versuch ansehen. Die nationalsozialistische Politik der Gleichschaltung war in Hamburg eine krude politisch-rassistische gewesen: die Entlassung jüdischer Wissenschaftler. Aber es war keine Politik, die auf die Vernichtung der Psychologie zielte, auch wenn sie dies teilweise bewirkte.

Die Geschichte des Berliner Psychologischen Instituts an der Friedrich-Wilhelms-Universität ist sicher bisher am ausführlichsten behandelt worden, vor allem die Zeit bis 1935 und das politische Verhalten von Köhler; Crannell (1970) und Weinschenk (1967) teilten persönliche Erinnerungen an Köhlers Verhalten mit; Henle (1978) stellte Köhlers Kampf gegen die Versuche der politischen Drangsalierung des Instituts umfassend dar. In einer Ergänzung zu diesem Artikel wies Ash (1979) darauf hin, daß Köhler im Ministerium Unterstützung fand. Ich möchte die dort berichteten Informationen hier nicht alle wiederholen - zum Teil wird es für die Darstellung unvermeidlich sein -, sondern aufgrund des Studiums weiterer Quellen einige Gesichtspunkte hinzufügen.

Das Berliner Institut nahm damals nicht nur in wissenschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht eine herausragende Stellung ein. An keinem anderen Institut der Psychologie in Deutschland konzentrierten sich derart viele politisch links stehende und antifaschistische Wissenschaftler: Lewin war ein Freund von Karl Korsch und unabhängiger Sozialist, Rudolf Arnheim arbeitete mit Tucholsky und Ossietzky in der Weltbühne, Kurt Gottschaldt stand der KPD nahe, Otto von Lauenstein der SPD;^{8a} Karl Duncker war selber kein Kommunist, aber er soll einer Anschuldigung zufolge das "Antifa"-Abzeichen getragen haben und war bekannt als Sohn des Leiters der KPD-nahen "Marxistischen Arbeiterschulung" Hermann Duncker, der gleich 1933 ins Konzentrationslager gezwungen wurde. Wolfgang Köhler schließlich war der einzige Psychologie-Professor, der öffentlich - in seinem bekannten Artikel in der Frankfurter Zeitung vom 28.4.1933 - gegen die antijüdische Politik der Nazis und konkret gegen die Entlassung von James Franck Stellung nahm.⁹ Gegenüber dem eigenen Institut vertrat Köhler klar und entschieden die Linie einer universitätsautonomen Politik. Wie seine Mitarbeiter, so ist auch die Geschichte des Instituts im Nationalsozialismus einzigartig. Ich will sie hier nicht chronologisch darstellen, sondern drei für die Beantwortung meines Themas interessante Gesichtspunkte herausgreifen: die Frage, welche Autonomie ein Institut gegenüber Versuchen politischer Gleichschaltung wahren konnte, das Verhältnis von unten und

oben bei den Angriffen auf das Institut, und die Strategie der Nazifizierung von unten.

Das Verhalten Köhlers ist ein gutes Beispiel dafür, was nach 1933 durch das aufrechte Eintreten eines Institutsdirektors für die Interessen seiner Mitarbeiter und für eine relativ ungestörte Weiterarbeit eines Instituts erreicht werden konnte - und was nicht. Das Berliner Institut war wohl, soweit ich die Quellen kenne, das einzige psychologische Institut, das nicht nur Entlassungen hinnehmen mußte, sondern gegen das auch mit weiteren massiven politischen Maßnahmen vorgegangen und gegen dessen Assistenten aus politischen Gründen Entlassungen ausgesprochen wurden. Im Dezember 1933 wurde Köhlers Colloquium von SA-Studenten kontrolliert. Am 26.2.1934 versuchte ein Trupp von Studenten, das Institut zu durchsuchen; Köhler wies sie zurück und verhinderte damit die Durchsuchung. Am 12.4.1934 gab es dann eine vom Vize-Rektor Bieberbach abgesicherte studentische Durchsuchung. Sie wurde von dem Studenten Hennig, dem Leiter einer Abteilung zur besonderen Verwendung ("z.b.V.") der studentischen Körperschaftsvertretung, der damals so genannten "Studentenschaft", angeführt. Hennig schrieb am 14.4.1934 einen Bericht an den Rektor der Universität, in dem er die Entlassung der Assistenten Duncker und von Lauenstein sowie zweier nicht-wissenschaftlicher Institutsangestellter forderte. Über diese Durchsuchung kam es zu einem langen und heftigen Briefwechsel zwischen Köhler und der Administration. Köhler pochte auf eine mündliche Vereinbarung mit dem Rektor Eugen Fischer, daß gegen seinen Willen als Institutsdirektor keine Untersuchungen durchgeführt werden dürften. Köhler fühlte sich durch die ohne seine Billigung erfolgten studentischen Untersuchungen und den Bruch der Vereinbarung durch das Rektorat fundamental in seinen Rechten und in seiner Ehre als Professor und Institutsdirektor verletzt und verlangte daher eine entsprechende Richtigstellung seitens des Rektorates. Als unmittelbare Reaktion auf die vom Rektorat genehmigte Durchsuchung legte er noch am 13.4. seinen Posten als Direktor des Instituts nieder und übertrug diese Aufgabe an den Assistenten Hans Rupp. Am 18.4., also nur fünf Tage nach dem Vorfall, schrieb er an das Ministerium, daß er im Falle einer Wiederaufnahme von Kontrollen gezwungen sei, seine Stellung an der Universität aufzugeben und seine Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Als ein Einlenken des Rektorates nicht abzusehen war, stellte er am 21.5. einen entsprechenden Antrag. Da er aus rechtlichen Gründen nicht in den Ruhestand versetzt werden konnte, beantragte er am 10.6.1934 sein Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis. Endgültig entschied sich Köhler zu gehen, als seine Assistenten von Lauenstein und Duncker zum Sommersemester 1935 ausscheiden mußten.¹⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Köhler noch eine Verlängerung ihrer Stellen durchsetzen können, verschiedenen Denunziationen und Kündigungsversuchen zum Trotz. Am Institut hatte er dabei Unterstützung von Rupp erhalten, der sich in seiner Funktion als stellvertretender Direktor schriftlich gegen die Entlassungen aussprach. Auch seitens der Studenten war Unterstützung gekommen. Die Ministerialakten enthalten einen Brief an den Ministerialrat Achelis, in dem u.a. die Rücknahme der Kündigung

von Otto von Lauenstein gefordert wird, und einen Brief an den "Führer der deutschen Studentenschaft der Universität Berlin". Sicher war es aber wesentlich Köhlers Eintreten zu verdanken, daß das Ministerium die von der Universität befürwortete Entlassung Otto von Lauensteins zurücknahm.^{10a} Er drohte dem Ministerium, daß er seinen Posten niederlege, wenn von Lauenstein die Möglichkeit genommen werde, am Institut weiter zu arbeiten. Er trat den politischen Denunziationen eines früheren Studenten gegen Karl Duncker entgegen. Als in dem studentischen Fachschaftsorgan "Wissen und Dienst" am 25.11.1933 ein Artikel mit der bezeichnenden Überschrift "Hat sich das Psychologische Institut gleichgeschaltet?" erschien¹¹, schrieb Köhler an das Ministerium u.a.:

Die Frage, ob sich das Psychologische Institut 'gleichgeschaltet' habe, würde sinnvoll nur dann gestellt werden können, wenn mit diesem Ausdruck die Befolgung der Anordnungen der Regierung gemeint wäre ... Der Übergang zu einer bestimmten Gesinnung aber, etwa als Seite einer Weltanschauung, ist von der Regierung nicht angeordnet worden ... Es kommt hinzu, daß es mit der wissenschaftlichen Forschung alsbald zuende wäre, wenn sie ihr Drängen auf Objektivität und Allgemeinverbindlichkeit aufgeben sollte. Weil gerade dies aber ihr Grundprinzip ist, so untersteht vielmehr umgekehrt jede Weltanschauung der wissenschaftlichen Kritik ... Der Wissenschaft eine bestimmte Art der Weltbetrachtung und eine entsprechende Gesinnung als verbindlich vorgeben, das könnte niemals für lange Zeit gelingen.¹²

Diese Position zur Wissenschaft unterscheidet sich prinzipiell von der damaligen Position vieler Hochschullehrer der Psychologie, die eher danach trachteten, das Fach von einer bestimmten Weltanschauung her zu fundieren.

Köhler agierte genau entlang der beiden in dem zitierten Schreiben deutlich werdenden Prämissen: Erhaltung einer eigenständigen Wissenschaft und der Staatlichkeit der Universität. Von diesen beiden Prämissen ausgehend konnte er sich einiger Angriffe gegen das Institut und dessen Mitarbeiter erfolgreich erwehren und das in Ansätzen erreichen, was er einmal in einem Brief so ausdrückte: "I am trying to build up a special position for myself in which I might stay with honour" (Henle, 1978, S. 941). Er wurde in seiner Sichtweise durch Erfahrungen mit dem Ministerium bestätigt, das durchaus nicht die radikalen, nicht von der Administration kontrollierten Elemente nationalsozialistischer Politik billigte. Teilweise gewann Köhler die Unterstützung des Ministeriums. Über die Universität hinweg verhandelte er mit dem Ministerium und fand dort eher Verständnis für seine Ansichten als beim Rektorat. Als der Student Günter Voigt, der 1931 bei Lewin promoviert hatte, im Mai 1933 Beschwerde beim Minister gegen Köhler erhebt und in dieser Beschwerde bemerkt, er habe gegenüber Köhler geäußert, "daß sich der erste Assistent Dr. Duncker als Sohn des im Konzentrationslager befindlichen, bekannten Marxisten Dr. Hermann Duncker wohl nicht werde halten lassen können",¹³ erwiderte das Ministerium im Oktober, die Beschwerde habe keine Anhaltspunkte für ein Einschreiten ergeben. Selbst der Berliner Polizeipräsident hatte in einem Schreiben an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 15.7.1933 die Denunziationen gegen Duncker dementiert.¹⁴

Innerhalb des Ministeriums gab es zwar die Überlegung, Köhler mit einer Forschungsprofessur zu beruhigen,¹⁵ doch das Ministerium stellte sich in zwei Schreiben vom

24.9.1934 an den Verwaltungsdirektor und an den Rektor der Berliner Universität hinter Köhler, nahm die Entlassungen zurück, versetzte einen Hausmeister, der sich an Denunziationen beteiligt hatte, und kritisierte die studentischen Durchsuchungen. In diesen Schreiben heißt es u.a.:

Die von mir veranlaßte Nachprüfung der Vorgänge hat einen hinreichenden Grund zur Aufrechterhaltung der gegen den außerplanmäßigen Assistenten Dr. v. Lauenstein ausgesprochenen Kündigungen nicht ergeben. Ich ersuche daher, diese Kündigung aufzuheben und den Genannten mit Wirkung vom 1.7.1934 wieder in seine alte Dienststellung einzusetzen ...

Die mit Ihrem Einverständnis erfolgten Revisionsmaßnahmen durch Organe der Studentenschaft kann ich nicht billigen. Eine von mir in Aussicht genommene Veranlassung gegen den Hauptbeteiligten stud.jur. Hennig unterbleibt lediglich deshalb, weil der Genannte bereits aus anderen Gründen aus seinem Amte als Kommissar z.b.V. ausgeschieden ist.

Ich verkenne dabei nicht, daß die eigenartige Zusammensetzung der Studierenden dieses Instituts, insbesondere des Kreises derjenigen, die zu den engeren Mitarbeitern des Prof. Köhlers gehörten, sowohl dem Rektor als der Studentenschaft in früherer Zeit Anlaß zu der Befürchtung geben konnte, es könnte innerhalb des Instituts eine gegnerische oder doch illoyale Einstellung gegen die nationalsozialistische Staats- und Hochschulführung gepflegt werden. Selbst wenn aber ein Anlaß zu einer solchen Befürchtung auch für die in Frage stehende Zeit noch fortbestanden hätte, so wäre der von dem Kommissar der Studentenschaft mit Ihrem Einverständnis beschrittene Weg nicht das geeignete Mittel zur Herbeiführung der erforderlichen Aufklärung gewesen. Etwaige Mißstände, die sich innerhalb des Instituts abspielten, hätten von Studierenden des Instituts selbst zur Kenntnis der akademischen Behörden gebracht werden müssen. Von jedem im Sinne des neuen Staates erzogenen Studenten muß ich erwarten, daß er von sich aus ein Augenmerk auf solche Dinge richtet. Auf eine etwaige Anzeige hin hätte dann der Weg eines förmlich geregelten Verfahrens beschritten werden können ...

Um nunmehr für die Zukunft eine reibungslose Arbeit des Instituts unter seinem bisherigen Leiter zu gewährleisten, ersuche ich, den in Betracht kommenden Stellen in geeigneter Form zur Kenntnis zu bringen, daß Prof. Köhler mein Vertrauen besitzt und daß ich eine sofortige Einstellung aller auf eine Diskreditierung des Instituts hinausgehenden Maßnahmen erwarte.¹⁶

Dem Auswärtigen Amt teilte man mit, daß Köhler das Vertrauen des Ministers besitze. Die Akten des Wissenschaftsministeriums dokumentieren, daß beim Auswärtigen Amt Schreiben des Kopenhagener Psychologie-Professors Edgar Rubin, des Londoner Professors C.S. Myers, des Leiters der New School in New York, Alwin Johnson, der New York Times und ausländischer Studenten von Köhler in Sachen Köhler eingetroffen waren.^{16a}

Durch den politischen Widerstand eines Institutsdirektors und dessen Unterstützung aus dem Institut und von außerhalb der Universität konnten politische Entlassungen eine Zeitlang verhindert werden. Doch der Rest der deutschen Universitäten schwieg fast völlig. Verhindern konnte auch Köhler so die Entlassungen von Duncker, von Lauenstein und Hedwig von Restorff nicht.

Daß sich das Ministerium hinter Köhler stellte und dabei - wie auch Köhler in seinem genannten Schreiben an das Ministerium - auf die strikte Einhaltung des staatlich-administrativen Weges bei jeder Überprüfung pochte, führt mich zu einem zweiten Punkt, den ich am Beispiel Berlins besprechen möchte. Angriffe gegen das Institut kamen in den ersten Jahren der NS-Zeit mehr von unten, von Zu-kurz-Gekommenen, oder von mittleren Ebenen als von oben, von der staatlichen Administration oder den zen-

tralen Parteistellen. Bekannt ist, daß die Studentenschaft schon vor dem 30.1.1933 insgesamt sehr nationalsozialistisch war (vgl. Kater, 1975). 1930/31 hatte die Zeitschrift des Nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes "Die Begegnung" Kurt Lewin und William Stern denunziert.¹⁷ Nach 1933 waren es dann auch Studenten und kleine Angestellte des Psychologischen Institutes wie die Sekretärin von Rupp und vor allem ein Hausmeister, der früher Philharmoniker gewesen war, die mit Denunziationen hervortraten.

Untere sahen wohl Chancen, nach oben zu kommen. Den Artikel in "Wissen und Dienst" verfaßte der Student Hans Preuß; er brachte es am 1.1.1936, also kurz nachdem Köhler gegangen und Rieffert neuer Institutsdirektor geworden war, zum Assistenten. Der Student, der, wie erwähnt, gegen Köhler Beschwerde beim Ministerium erhob, spekulierte selber auf eine Assistentenstelle und versuchte auch, bei Metzger in Frankfurt eine zu bekommen - er wurde dann Heerespsychologe. Ein anderer "Kamerad", wie ihn Preuß einmal in einem Schreiben bezeichnete, der sich an den Denunziationen beteiligte und meldete, daß Duncker das Antifa-Abzeichen getragen habe, wurde zum 1.10.1935 mit Köhlers Weggang Assistent.¹⁸ Wie teilweise schon an der Geschichte des Hamburger Instituts wird hier eine Tatsache deutlich, die sicher nicht nur für die Analyse der Universitätspolitik im Nationalsozialismus wichtig ist: Das allgemeine Klima von Unterdrückung und Verfolgung, von Zwang zum Wohlverhalten und zu politischer und ideologischer Anpassung setzt, ohne daß es konkreter Maßnahmen von oben bedarf, unten Opportunismus und teilweise hemmungsloses Vorgehen gegen politische Kontrahenten oder schlicht Konkurrenten der eigenen Karriere frei; manch einer hält sich nun für stark genug und für ausreichend abgesichert, um im Schutze dieser allgemeinen Atmosphäre die Administration zum Vorgehen gegen andere Menschen zu bewegen. Eine ähnliche Dynamik findet sich ja im Terrorsystem des NS-Staates.

In der Psychologie vertraten diese Leute oft, wenn auch nicht immer, eine andere Art Psychologie. Auch in inhaltlich-wissenschaftlicher Hinsicht waren sie oft Opportunisten oder gar überzeugte NS-Anhänger, wenn sie die Psychologie auf der nationalsozialistischen Weltanschauung fundieren oder mit ihrer Wissenschaft zur nationalsozialistischen Politik beitragen wollten. Der zuletzt erwähnte Assistent etwa beantragte im November 1939, also gleich nach dem Einmarsch in Polen, vom Ministerium Mittel für ein Projekt über "Schwebendes Volkstum", wie es euphemistisch für Vertreibungen und Umsiedlungen hieß. Damit bin ich beim dritten Punkt, den ich am Berliner Institut behandeln möchte: bei der Frage nach der Strategie einer Nazifizierung eines Institutes von unten oder von innen, die sich am Verhalten von Johann Baptist Rieffert diskutieren läßt.¹⁹ Rieffert war seit 1919 Privatdozent und seit 1926 nicht beamteter außerordentlicher Professor der Berliner Philosophischen Fakultät und hatte bis 1931 die Heerespsychologie geleitet. Noch im März 1933 trat er in die NSDAP ein. Zum 1.10.1934 wurde ihm ein planmäßiges Extraordinariat und persönliches Ordinariat für "Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Charakterkunde" verliehen. Rieffert setzte darauf, das Psychologische Institut politisch zu säubern und es

dann zu einem Zentrum rassenpsychologischer Forschung in Deutschland umzufunktionieren. Er denunzierte Duncker, Gottschaldt und von Lauenstein beim Sicherheitshauptamt der SS als kommunistisch. Auch Rupp beschuldigte er, der kommunistischen Weltanschauung nahezustehen; Rupp habe am siebten internationalen psychotechnischen Kongreß teilgenommen und von Lauenstein gedeckt. Am 23.1.1936 stellte Rieffert bei der Universität Anzeige gegen Rupp und scheute dabei nicht vor der lächerlichen Anschuldigung zurück, Rupp habe 1919 einen Sack Kohlen aus der Universität geklaut. Die Universität sah glücklicherweise keinen Anlaß zum Einschreiten.

Parallel zu diesen politischen Aktivitäten unternahm Rieffert den Versuch, das Institut auf Rassenpsychologie auszurichten. Im August 1935 legte er eine zweiseitige "Denkschrift" - welch großer Titel für dieses kleine Papier - vor "Über eine neue den Forderungen des nationalsozialistischen Staates entsprechende Aufgabenstellung eines Psychologischen Instituts". Darin hieß es, daß erst der Nationalsozialismus die Psychologie für die Aufgaben einer Völkerpsychologie richtig erwärme.

Wie alle deutschen Forschungsinstitute sich in den Dienst der einen großen Sache zu stellen haben beim Aufbau des neuen Deutschland und seiner nationalsozialistischen Gesellschafts- und Lebensordnung, um mitzuhelfen durch wissenschaftlich begründete, zugleich aber auch den Staatszwecken angemessenen Aufgabenstellung, so gilt dies in erhöhtem Maße von den Psychologischen Instituten wegen der unmittelbaren oder auch mittelbaren Anwendbarkeit wissenschaftlich-psychologischer Erkenntnisse auf die Praxis des Lebens. Es ist daher dringend zu empfehlen, daß sich mindestens ein deutsches psychologisches Institut die psychologischen Forderungen des nationalsozialistischen Staates zur Hauptaufgabe macht.²⁰

Dem wissenschaftlichen Leiter solle ein von der NSDAP zu ernennender politischer Berater zur Seite gestellt werden. Eine wehrpsychologische Abteilung des Instituts solle einen militärischen Fachmann als Berater erhalten. Eine Konkretion der Aufgaben formulierte die Denkschrift nicht. Doch aus anderen Dokumenten wird klarer, was Rieffert wollte.

Der Gaustudentenbundsführer Kiel schien die Angelegenheit ins Rollen gebracht zu haben. Er schickte dem Minister Riefferts Denkschrift. Einen Monat zuvor hatte der dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP einen Vorschlag unterbreitet, mit Hilfe von Riefferts Methoden und Theorien der charakterologischen Analyse eine Psychologie des "Judentums" zu verfolgen, bei der an Juden deren Mimik, Pantomimik, Sprechart, Handschrift, Intellekt, Temperament usw. zu untersuchen wäre. Als das Ministerium daraufhin Rieffert fragte, wie er denn die dazu "erforderlichen Juden" beschaffen wolle, also seine psychologischen Studienobjekte, verwies dieser auf "Expeditionen in das Innere Deutschlands", für Jugendliche auf die Schulen und Jugendgerichte und für

Erwachsene auf die Gefängnisse. Kiel hatte nicht unrecht, wenn er gleich zu Beginn ergänzte, daß Köhler "wegen seiner judenfreundlichen Haltung" für die Betreuung dieses Projektes nicht in Frage käme und Rieffert als Betreuer vorzuziehen sei.

Die Frage nach der "Beschaffung" von Juden entstammte der Feder von Eugen Fischer, dem Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin, der in einem Schreiben vom 3.9.1935 an die NSDAP-Reichsleitung

seinen Wunsch ausdrückte, sich an einem solchen Vorhaben mit anthropologischen Untersuchungen zu beteiligen. Auch Walter Groß, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, unterstützte in einem Schreiben an das Ministerium das Vorhaben von Kiel und Rieffert. Rieffert teilte dem Ministerium mit, er wolle mit Eugen Fischer und mit dem "Institut für Rassenkunde" des nationalsozialistischen Hoftheoretikers für Rassenfragen, Hans F.K. Günther, zusammenarbeiten.²¹

Der Fall dieses Projektes zeigt eine allgemeine Tatsache der Universitätspolitik im Nationalsozialismus. Ohne daß es entsprechende konkrete Anforderungen von oben an eine pro-nationalsozialistische Wissenschaft gab, wurden von unten Projekte vorgeschlagen, die ihre Legitimation alleine aus ihrer pro-nationalsozialistischen Einstellung zu ziehen versuchten. Da die Partei kein Programm zur inhaltlichen Gleichschaltung der Psychologie hatte, war eine Lücke zu füllen. Was die Partei nicht leistete, suchten Psychologen mit ihren Vorschlägen zu erreichen: die Entwicklung eines nationalsozialistischen Forschungsprogramms für die Psychologie. Entsprechende Projekte wie das von Rieffert mögen von einzelnen Stellen des Partei- und Staatsapparates befürwortet worden sein, mußten deswegen aber nicht unbedingt von oben auch Unterstützung erfahren. Auf seiten des Ministeriums gab es gegenüber den besonders kühnen Projekten einer "den Forderungen des nationalsozialistischen Staates entsprechenden" Wissenschaft eher Zurückhaltung. Selbst innerhalb der NSDAP war man ja gegenüber Leuten skeptisch, die allzu schnell auf die neue Politik einschwenkten und nannte sie "Konjunkturritter".

Riefferts Planung hatte auch ihre institutionelle und personalpolitische Seite. Rieffert wollte Rupp loswerden. Nur kurz nach Erscheinen der Denkschrift, am 20.9.1935, beantragte der Dekan Bieberbach, ein Vertreter der "Deutschen Mathematik", der die Anschauungen von Jaensch auf die Mathematik übertragen wollte (Lindner, 1980), Rupp als Oberassistenten zu beurlauben. Die rassenspsychologischen Aufgaben des Instituts ließen seine weitere Verwendung ausgeschlossen erscheinen. Rupp hatte seinerseits im Juni einen Plan für ein "Institut für praktische Psychologie, besonders Arbeitspsychologie" vorgelegt, das im engen Praxisbezug mit dem Deutschen Institut für nationalsozialistische technische Arbeitsschulung und der Deutschen Arbeitsfront arbeiten sollte. Diesem Plan war Rieffert entgegengetreten.²² Rieffert hatte selbst versucht, Rupp die Benutzung von Apparaten für Eignungsprüfungen zu untersagen, die dieser für den Reichsnährstand durchführte. Dagegen war das Ministerium eingeschritten, das Rieffert darauf hinwies, er überschreite seine Befugnisse als kommissarischer Institutsdirektor.²³ Rieffert richtete nun im Januar 1936 eine "Abteilung für politische Psychologie" am Institut ein, ohne einen Mitarbeiter dafür zu haben. Den Gaustudentenbundsführer Kiel betraute er mit der ehrenamtlichen Leitung - einen Studenten als Leiter einer Institutsabteilung hatte das Institut bislang noch nicht gesehen. Als Rieffert dem Ministerium die Einrichtung dieser Abteilung mitteilt, gibt er gleichzeitig zu bedenken, ob die Abteilung für angewandte Psychologie unter Rupp nicht dem

psychotechnischen Institut der Technischen Hochschule zugeführt werden solle. Am 28.1.1936 beantragt er eine wissenschaftliche Hilfskraft für rassenpsychologische Aufgaben.²⁴

In dem Konflikt zwischen Rieffert und Rupp finden wir zwei generelle fachpolitische Strategien repräsentiert, die sich in der Zeit des Nationalsozialismus ausmachen lassen (Geuter, 1982). Der Arbeitspsychologe Rupp setzte darauf, die Relevanz der Psychologie über ihre praktische Nützlichkeit zu demonstrieren; der über die NSDAP seine Karriere suchende Rieffert wollte ihre Nützlichkeit für politisch-ideologische Apologie unter Beweis stellen. Allgemein zeigt sich im Nationalsozialismus, daß die verschiedenen Strategien der Legitimation in unterschiedlicher Weise auf Einflußmöglichkeiten, Wirkungsfelder und Besetzung von Lehrstühlen zielten. Bei Rieffert contra Rupp ging es wohl um die Frage, wer hier die Kompetenz für die angewandte Psychologie erhielt und wer gestärkt aus der Schwächung Köhlers hervorging. Doch wegen Riefferts politischer Absichten ging es auch um die Frage der politischen Ausrichtung des Instituts. Rieffert wollte offensichtlich ein inhaltlich wie personell gleichgeschaltetes Institut unter seiner absoluten Ägide.

Aus Randbemerkungen in den Ministerialakten wird ersichtlich, daß man gegen Ende 1935 von dem ganzen Projekt nicht mehr viel hielt. Riefferts Plan, die rassenpsychologische Forschung am Institut zu etablieren und ihm nicht genehme Mitarbeiter loszuwerden, fand schließlich ein politisches Ende. Sein eigener Opportunismus wurde ihm zum Verhängnis. Rieffert war vor 1933 in der SPD gewesen und hatte dies nicht angegeben. Noch im Frühjahr 1936 wurde er vom Dienst suspendiert und 1937 entlassen.³⁷

Die politische Geschichte des Leipziger Instituts ist nicht derart bewegt wie die Hamburgs oder Berlins. Das Institut hatte keine Existenzschwierigkeiten. Sicher wäre es lohnend, für die Leipziger Ganzheitspsychologie Felix Kruegers einmal genauer zu verfolgen, inwieweit sie sich mit der NS-Ideologie amalgierte - oder auch nicht - und inwieweit sie dies von ihren Inhalten her konnte - oder in gewissem Maße resistent dagegen war. Diese Frage ist bisher nur in Ansätzen behandelt worden (Geuter, 1980), aber sie ist hier nicht mein Thema. Ich möchte mich auf die Universitätspolitik in der Psychologie beschränken und dazu zwei interessante Vorgänge aus der Leipziger Geschichte im Nationalsozialismus herausholen, einen Habilitationskonflikt und die Vorgänge um die Wiederbesetzung des Leipziger Lehrstuhls.

In der Leipziger Philosophischen Fakultät waren die Habilitationen von Arnulf Rüssel und Johannes Rudert umstritten. Der Konflikt um Rudert zeigt dabei, im Unterschied zu dem um Rüssel, sowohl die politischen Fronten in der Frage des Verhältnisses der Psychologie zur Rassenlehre als auch die Front zwischen Philosophie und Psychologie. Rudert meldete sich am 27.11.1935 zur Habilitation mit der Arbeit "Typologie und Charakterologie - Zum Problem der charakterologischen Klassifikation", die leider nicht veröffentlicht wurde. Die Schrift stellte eine Auseinandersetzung mit der Typenlehre von Erich Rudolf Jaensch dar und wäre schon deswegen ein wesentliches Dokument für die Geschichte der deutschen Psychologie. Den Gutachten zufolge

zufolge ging die Fragestellung Ruderts dahin, inwieweit die Typologie eine Erfassung von Hauptformen des Charakters gestatte.

Referenten in der Fakultät waren Felix Krueger, Theodor Litt, Arnold Gehlen und Hans Freyer. Krueger scheute sich nicht, in seinem ersten Gutachten folgende Charakterisierung der Arbeit zu geben:

Die eingereichte Habilitationsschrift weist mit schlichter Eindringlichkeit nach, daß die heute noch im Vordergrund stehende, Menschliches klassifizierende Typologie in mehr als einem Sinne eine Charakterologie als allgemeine und differentielle Strukturlehre von der Persönlichkeit voraussetzt. Nach einer treffenden Skizze der Hauptlehren Kretschmers und Jungs, wird am genauesten, mit Konfrontationen, die Typenlehre E.R. Jaensch's in all ihrer Vieldeutigkeit dargestellt und durchgreifend kritisiert. Endgültig m.E., wird herausgehoben, wie es dort überall an Klarheit und Konsequenz mangelt über die Emotionalität des Ganzheitlichen, und die Gliederungen des Erlebens. Insonderheit verkenne der Funktionalismus Jaensch's allzu zeitverhaftet (auch bei seinen eigenen Wertakzenten und Reformtendenzen) die wesenhaft überdauernde Struktur der Persönlichkeit mit ihrem Wertungskern. Tiefgehend und großenteils neuartig, dabei klar, handelt der Verf. des Weiteren von erkenntnistheoretischen und methodischen Schwierigkeiten der Sache und, aus verdichteten eigenen Erfahrungen, von den 'gewachsenen Arten des Menschseins'. Ich bin überzeugt, daß diese vornehm kritischen Erörterungen reinigend wirken werden.²⁶

Derart scharf gegen Jaensch äußerte sich Krueger in seinen Publikationen damals nicht. Bei einer fakultätsinternen Habilitationsangelegenheit schien es dagegen eher möglich, die Standpunkte einmal klarer hervorzukehren. Auch Litt läßt harte Worte über Jaensch fallen und stimmt, wenn auch mit einer gewissen Reserviertheit, der Habilitation zu:

Es gereicht der vorliegenden Arbeit nicht zum Vorteil, daß sie ihre Grundgedanken in Anschluss an die - wenn auch nachdrücklich kritisierte - Charakterologie von E. Jaensch entwickelt. Diese willkürliche, voreilige und gewaltsame Theorie scheint mir geradezu danach angetan, die Charakterologie gründlich in die Irre zu führen. Der Vf. sieht die hier drohenden Gefahren; aber er hätte dann doch wohl besser daran getan, der Lehre Jaensch's nicht so breiten Raum zu gönnen.²⁷

Gehlen verteidigt Jaensch. Er kritisiert, daß Rudert eine Auseinandersetzung mit jenen Theorien auslasse, die "ihre typologischen und erbwissenschaftlichen Untersuchungen an jener Zone leibnahen seelischen Geschehens angesetzt (haben), die allein Hoffnung machen kann, physiologisch-morphologische Merkmale den psychologischen im engeren Sinne zuzuordnen". Dabei nennt er Gerhard Pfahler, Oswald Kroh und Bruno Petermann. Rudert sei der philosophischen Position von Jaensch nicht gewachsen, die Gehlen in seinem Gutachten darstellt. Zusammenfassend spricht Gehlen von einer "total verunglückten, unwissenschaftlichen und, wie ich einmal aussprechen muß, geradezu dreisten 'Kritik'".²⁸

Es ist für einen Habilitationsvorgang außergewöhnlich, daß sich Krueger nochmal in einem zweiten Gutachten gegen Gehlen wendet. Darin weist er darauf hin, daß die von Gehlen kritisierte Unklarheit nicht an Rudert liege, sondern an der Theorie von Jaensch. Krueger verweist u.a. auf negative Ergebnisse bei experimentellen Nachprüfungen von Jaensch's Versuchen in Leipzig und wirft Jaensch verwaschene Begriffe, Biologismus und oberflächlichen Kulturvergleich vor. Dazu schreibt Gehlen wiederum eine Rückäußerung. Rudert verstehe nichts von Philosophie, auch nichts vom Bezug der Charakterologie zu Morphologie und Biologie. Die Schrift sei verworren. Freyer weicht einer wirklichen

Beurteilung aus. Er fragt, ob eine rein kritische Arbeit zu Jaensch für eine Habilitation ausreiche und ob die "gewiß interessante, aber unausgegorene Lehre E. Jaensch eine so grundsätzliche Bedeutung" habe. Doch es habe hier die Äußerung des Fachvertreters der Psychologie, Felix Krueger, zu gelten, daß eine Auseinandersetzung mit Jaensch zur Zeit unausweichlich sei. Freyer vermeidet es, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen, indem er sich für nicht genügend kompetent erklärt, um zwischen den widersprüchlichen Gutachten "eine Art 'Ausschlag' zu geben".²⁹ Litt wiederholt seine Zustimmung zur Anerkennung der Arbeit und Krueger wird ein Schlußwort vorbehalten. Daraufhin wird die Arbeit der gesamten Fakultät zur Stellungnahme vorgelegt. Gehlen ist isoliert. Neben Volkelt, Krueger, Klemm und Wirth stimmen 33 weitere Professoren und Dozenten für die Annahme, fünf enthalten sich und keiner stimmt dagegen.

Es war also möglich, in der nationalsozialistischen Zeit mit einer Kritik an derjenigen Psychologie zu habilitieren, die nach außen mit dem Anspruch auftrat, die im Sinne des Nationalsozialismus ausgerichtete Psychologie schlechthin zu sein. Und es war möglich, die Willkür dieser Theorie zu benennen, wenn auch nur allgemein und nicht konkret und offen die Willkür ihrer Verbindung mit der NS-Rassenlehre. Dies war die politisch-ideologische Seite des Konfliktes. Er hatte darüberhinaus noch eine universitätspolitische Seite: die Stellung der Psychologie zur Philosophie. Gehlen argumentierte in seinen Gutachten auch damit, daß die Arbeit keine philosophisch ausreichende Leistung darstelle. Da Psychologie noch kein Habilitationsfach war, hatte sich Rudert ja für Philosophie bewerben müssen. Krueger merkte in seinem Schlußwort dazu an:

Unsere Fakultät kennt nur 'Philosophie' als Habilitationsfach, nicht Psychologie als ein besonderes. Ein Psychologe, der bei ihr Habilitationsleistungen vollbringen will, ist gezwungen, 'Philosophie' anzumelden. Und seit Jahrzehnten hat unsere Fakultät, wie manche andere deutsche, Bewerber, die nur als Psychologen voll ausgewiesen waren, unter jenem Namen zugelassen. ... Soll das in Zukunft anders werden, so ... behielte ich mir vor, einen Antrag zu stellen, der namentlich die Psychologie und Charakterkunde vor Schaden bewahrte.³⁰

Diese Seite des Konfliktes sei hier nur am Rande erwähnt, da die Kontroverse ein weiteres Dokument für die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen der Philosophie und Psychologie in der NS-Zeit ist (vgl. Geuter, 1982).

Das zweite für die Frage der universitätspolitischen Strategie im Nationalsozialismus interessante Leipziger Beispiel sind Volkelts Bemühungen, den Leipziger Lehrstuhl zu bekommen, zunächst 1937-1939 als Nachfolger von Krueger und dann 1942 als Nachfolger von Lersch. Volkelt war einer der aktivsten Nationalsozialisten unter den Psychologiedozenten. Seit 1.4.1932 Parteimitglied, Ortsgruppenschulungsleiter und SA-Anwärter, wurde Volkelt zum ständigen Gutachter des Amtes Rosenberg (Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP). Dieses Amt, das sich seit 1938 ständig in Berufungsangelegenheiten einschaltete (vgl. Kelly, 1973), protegierte Volkelt. Aber als in Leipzig 1937 Kruegers Lehrstuhl frei wurde, berief das Ministerium nicht Volkelt, sondern den nicht der Partei angehörenden Charakterologen Philipp Lersch (vgl. Geuter, 1982, S. 149 f.). Volkelt hatte auf einer ersten Berufsungsliste pari passu

mit Klemm auf Platz zwei hinter Sander gestanden. Nachdem die Kommission nach einigem Hin und Her - man erwog Gottschaldt, wollte dann Sander, der ablehnte, nominierte danach Klemm und Volkelt gleichzeitig - schließlich Lersch auf den ersten Platz gesetzt hatte, schrieb Volkelt an den Leiter des sächsischen Ministeriums für Volksbildung Arthur Göpfert am 15.12.1938, der Rektor habe Lersch durchgesetzt:

Es ist mir bekannt, auf welchem Wege dies allein der Rektor unter äußerster Anspannung aller Möglichkeiten, welche der neue Geschäftsgang ihm bietet, und durch Einsatz aller verfügbaren Autorität durchgesetzt hat. Es ist bitter, wie man hier versucht hat, einen aktiven Altparteigenossen trotz erklärter fachlicher Anerkennung durch die Fakultät von seinem aussichtsreichen Listenplatz nachträglich und plötzlich wieder zu verdrängen.³¹

Ein ähnliches Schreiben richtete er auch an den Oberregierungsrat Studentkowski im Sächsischen Ministerium. Dieser hatte jedoch schon im Januar 1937, als Krueger noch im Amt war, in einem Gespräch mit dem Rektor und den Professoren Freyer und Berve geäußert, Volkelt käme als Nachfolger von Krueger nicht in Frage und müsse erst einmal an eine kleinere Universität kommen.

Doch Volkelt erhielt in der ganzen NS-Zeit keinen Ruf. Entsprechend bemühte er sich sehr, seine Position in Leipzig zu stärken. Im April 1933 war ihm die kommissarische Leitung des pädagogischen Instituts der Universität Leipzig übertragen worden, das für die Lehrerbildung zuständig war. Gleichzeitig war er Vorsitzender der staatlichen Prüfungskommission an der Universität Leipzig für das Lehramt an Volksschulen geworden.³² Als 1936 die akademische Lehrerbildung abgeschafft und die Hochschulen für Lehrerbildung eingerichtet wurden, bat Volkelt das Ministerium, von seiner - offensichtlich geplanten - Ernennung zum Direktor der Hochschule für Lehrerbildung Abstand zu nehmen. Er wollte sich wieder der Forschung an der Universität widmen können und forderte dazu vom Dekan, daß dies ohne Unterordnung unter einen Ordinarius zu geschehen habe. Die Fakultät hatte sich aber schon im Jahr davor, nach dem Beschluß einer aus Krueger, Litt, Freyer, Gehlen und dem Dekan Berve bestehenden Kommission, gegen das Ansinnen des Ministeriums ausgesprochen, Volkelt zum persönlichen Ordinarius zu ernennen.³³

Nachdem Volkelt nun auch nicht als Nachfolger von Krueger berufen worden war, erhielt er 1939 ein eigenes "Pädagogisch-Psychologisches Institut". Das Institut wurde zu dem Datum, dem 1. Oktober, eingerichtet, an dem Lersch nach Leipzig kam.³⁴ Man mag die Ernennung von Volkelt zu dessen Leiter daher als eine Art Abfindung betrachten, die Volkelt beruhigen sollte. Doch Volkelt gab deswegen nicht auf. Er versuchte nun, die volle Prüfungsberechtigung im Fach Psychologie zu erlangen. Vor allem stritt er um das Recht, Psychologie als Nebenfach in der Promotion zu prüfen. Die Fakultät wies jedoch sein Ansinnen zurück; für solche Prüfungen sei allein der psychologische Ordinarius zuständig.³⁵

Als Lersch 1942 Leipzig verließ, wurde Volkelt erneut nicht berücksichtigt. Die Fakultät stellte eine Liste auf mit Gerhard Pfahler, Kurt Gottschaldt und Johannes von Allesch. Volkelt wurde nicht genannt. Daraufhin entspann sich ein Konflikt zwi-

schen den beiden Parteiinstanzen, die damals am Berufungsverfahren beteiligt waren, dem Amt Rosenberg und dem NS-Dozentenbund. Über beiden stand die letztlich entscheidende Parteikanzlei (vgl. Geuter, 1982, S. 129 ff.). Am 23.12.1942 schrieb das Amt Rosenberg an die Parteikanzlei, man möge doch beim Reichserziehungsministerium anregen, Volkelt zu berufen. Man konzidierte zwar, daß ihm der große schöpferische Zug fehle, betonte aber seine praktische Ausrichtung und seinen

"ernsten, weltanschaulich gefestigten Geist..., der auch den Schritt in die metaphysischen Konsequenzen wagt, und der in der klaren und methodisch strengen Art seines Denkens in Verbindung mit exakten Experimenten in der Anwendung und Ausgestaltung der Ganzheitspsychologie Ergebnisse von wissenschaftlichem und pädagogisch-praktischem Wert gewonnen hat".³⁶

Unter dem gleichen Datum informierte das Amt Rosenberg den Dozentenbund von diesem Ansinnen. Doch der NS-Dozentenbund widersprach am 23.2.1943 gegenüber der Parteikanzlei, Volkelt komme für einen großen Lehrstuhl nach übereinstimmender Ansicht aller Leipziger Stellen nicht in Frage. Er habe noch keinen auswärtigen Ruf bekommen, da es ihm an wissenschaftlichem Format mangle und er sich persönlich durch ständige Forderungen nach Sonderrechten mißliebig mache. So würden auch die Leipziger politischen Stellen wie der Gauleiter nicht für ihn eintreten. Der NS-Dozentenbund favorisierte Pfahler. Da Pfahlers Kandidatur aussichtsreich erschien und sich die Partei daher nicht gegen ihn wenden und für Volkelt einsetzen sollte, lenkte auch das Amt Rosenberg ein.³⁷ Es kam im Krieg zu keiner Berufung mehr auf den Leipziger Lehrstuhl. Doch von den ortsansässigen Extraordinarien wurde nicht Volkelt, sondern Rudert mit der kommissarischen Leitung des Instituts beauftragt.

Auch bei Volkelt war der Versuch, auf politischem Wege zu einem psychologischen Ordinariat zu kommen, nicht erfolgreich, wenn auch aus anderen Gründen als bei Rieffert. Die Fakultäten und selbst einzelne Parteiinstanzen waren dem kaum gezügelten Karriere-Streben gegenüber abgeneigt. Die verschiedenen am Berufungsverfahren beteiligten Instanzen achteten auch darauf, inwieweit von einem Forscher neue Ideen ausgingen oder er an neuen Gebieten forschte, seien es wie bei Lersch Charakterologie und Ausdruckskunde oder sei es die vom Nationalsozialismus geförderte Erbforschung, die bei der Nennung von Gottschaldt und Pfahler angeführt wurde. Vorbehalte gegenüber der wissenschaftlichen Qualifikation eines Dozenten schienen als Handlungsrichtlinie noch so sehr zu zählen, daß die Berufung eines politischen Günstlings einer Machtinstanz des NS-Apparates verhindert werden konnte. Das war nicht nur im Fall von Volkelt so (vgl. Geuter, 1982). Bei Volkelt kam sicher hinzu, daß er von einer NS-Stelle vorgeschlagen wurde, die in Streit mit dem NS-Dozentenbund lag. Die universitätspolitische Koalition mit einer der miteinander rivalisierenden Machtinstanzen des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates mußte nicht notwendig zum Erfolg führen.

Das Beispiel der gescheiterten Karriere des treuen Parteigängers Volkelt mag verdeutlichen, daß es kaum eine konsistente Politik der Nazis zur Bestückung der Hochschulen mit eigenen Leuten gab. Um die Wiederbesetzung von Lehrstühlen im Gefolge der Entlassungen und bei späterem Freiwerden sowie in Berlin auch um die Entlassungen

selbst kam es dabei zu Auseinandersetzungen, in denen verschiedene Instanzen durchaus unterschiedliche hochschulpolitische Konzepte vertraten, eine Tatsache, die nicht allein für die Psychologie gilt (vgl. Bollmus, 1970, 1980; Losemann, 1977). Die oft betonte Gleichschaltung von oben war daher, wie Klingemann auch für die Soziologie feststellte,³⁸ keine inhaltliche Gleichschaltung ganzer Fächer, sondern eine Aus-schaltung von aus politischen oder rassistischen Gründen mißliebigen Wissenschaftlern. Das Hauptkennzeichen der nationalsozialistischen Politik gegenüber der Psychologie war somit zunächst einmal die Entlassung jüdischer Hochschullehrer. Im Laufe der Zeit kam als zweites Kennzeichen ihre institutionelle und professionelle Förderung hinzu (vgl. Geuter, 1982, 1983). Auch mit diesem Ergebnis, auf das hier nicht näher eingegangen werden kann, steht die Psychologie nicht allein (vgl. Beyerchen, 1977; Losemann, 1977; Klingemann, 1981). Es hat eine wichtige Implikation für das Thema der Gleichschaltung. Wenn die Frage nach der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Wissenschaften nicht auf die Frage nach der personellen und im Sinne der Rassenlehre ideologischen Gleichschaltung reduziert werden kann, dann ist es auch nicht sinnvoll, im Verfolgen nicht ideologischer Wissenschaft ein Verweigern gegenüber der Gleichschaltung und damit im Sinne der Kategorie der "Nicht-Gleichschaltung" von Hans Rothfels (1961, S. 31 ff.) einen potentiellen Widerstand zu sehen, wie dies etwa bei Seier (1976) anklingt.

Was waren nun die Verhaltensweisen von unten, was waren die politischen Bedingungen von Widerständigkeit an der Universität und die Bedingungen der von innen kommenden Versuche zur Gleichschaltung? Versuche zur inhaltlichen und personellen Nazifizierung der Psychologie waren nicht nur von oben gekommen, vielleicht kann man sogar sagen, daß die vehementen und nicht nur kalt-administrativen Versuche vor allem von unten kamen. In Berlin waren es Studenten, nicht-angestellte Absolventen und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter, die das Institut säubern wollten oder das Material und die Denunziationen dafür zusammentrugen. In Hamburg war die Fakultät nationalsozialistischer als das Ministerium, zumindest, was ihre Auffassungen über die Inhalte künftiger Psychologie anbelangte. In Leipzig, wo zu Beginn der NS-Herrschaft ein Großteil des Lehrkörpers der Psychologie den neuen Staat begrüßte, war der politisch entschiedene Nationalsozialist eher gemieden und konnte sich weder der Unterstützung des sächsischen Kultusministeriums noch des Reichsministeriums sicher sein.

Das allgemeine Klima von Unterdrückung, Terror und Denkverordnungen ließ einen politischen Kampf von unten entstehen und gedeihen. Nolte (1965) wies darauf hin, daß der radikale Vortrupp des Nationalsozialismus unter den Dozenten vor allem aus den Jungen bestanden habe, die 1933 noch nicht Ordinarien waren. Es scheinen die Zu-

Gekommenen gewesen zu sein, die vor allem eine Chance sahen und suchten. An dieser

Stelle geht die Frage nach der Gleichschaltung von unten an die Sozialpsychologie und wird sehr viel allgemeiner zu einer Frage der Bedingungen des Verhaltens im Nationalsozialismus. Doch die im Flüsterwitz des Dritten Reiches kolportierte Konjugation von gleichschalten "Ich schalte gleich, du fliegst raus, er setzt sich rein" (Gamm,

1972, S. 61) ging nicht immer auf. Die Wissenschaftsadministration unterband zu rasches Vorpreschen von unten. Damit war sie vielleicht im Sinne des Nationalsozialismus lediglich effektiver, nicht unbedingt humaner.

Mehr als die Gruppe der Zu-kurz-Gekommenen wurde in der historischen Literatur die Frage nach den Bedingungen des antidemokratischen Denkens des Großteils der deutschen Hochschullehrer aufgeworfen, um die so reibungslose Unterwerfung der deutschen Hochschulen nach 1933 zu erklären (vgl. Bleuel, 1968; Bracher, 1966; Faust, 1980; Ringer, 1969). Diese Gruppe konservativer Professoren gab es auch in der Psychologie; sie verhielt sich von Anfang an zustimmend über loyal bis hin zu reserviert und verfolgte eine Politik der Begünstigung der Psychologie durch die neuen Verhältnisse. Auf ihre Politik wurde in diesem Essay nicht eingegangen (vgl. Geuter, 1982).

Ausgehend vom Beispiel Köhlers scheint mir eine Frage vielleicht noch wichtiger, die bei der Thematisierung der Bedingungen dieses Denkens der deutschen Hochschullehrer eigentlich immer mitgedacht werden sollte: Was waren die politisch-ideologischen Bedingungen von Widerständigkeit und wie konnte diese damals aussehen? Mit dem Aufwerfen dieser Frage möchte ich auch einmal das Verhalten von Wolfgang Köhler allgemeiner ansprechen, das bislang gerne nur in seiner individuell-heroischen Besonderheit gesehen wurde. An Köhlers Artikel vom April 1933 etwa fällt auf, daß er von einer deutsch-konservativen und geistesaristokratischen Position aus argumentiert. Nun mag dies bei Köhler taktisch gewesen sein. Aber Wissenschaftler, die später zu Gegnern des Nationalsozialismus wurden, sympathisierten anfangs durchaus mit der völkischen Bewegung, die sie im Nationalsozialismus verkörpert sahen. Bezeichnend für diese Einstellung ist die Nachkriegserklärung von Eduard Spranger über seinen "Konflikt mit der Hitlerregierung", daß er 1932 noch die "Bewegung der nationalen Studenten", womit der Nationalsozialistische deutsche Studentenebund gemeint war, "im Kern für echt, nur in der Form für undiszipliniert hielt" (1955, S. 2). Dies weist wiederum auf einen Widerspruch der Professoren hin, der durchaus in das Bild des konservativ-geistesaristokratischen Mandarins paßt, welches Ringer (1969) gezeichnet hat: den Widerspruch zum plebejischen Verhalten der NS-Studenten. Auch in Köhlers Schreiben gegen das Vorgehen der Nazi-Studenten gegen sein Institut läßt sich die starke Enttäuschung über das fehlende Benehmen dieser Leute deutlich spüren. War Köhler daher nur ein Vertreter des "Geistesadels" (Ringer), oder hatte sein Verhalten auch andere politische Gründe? Diese Frage ist wohl noch zu untersuchen. Jedenfalls standen die Professoren mit ihrer Klage über den ungezügelten Revolutionarismus der NS-Studenten nicht alleine. Die Versuche des Nationalsozialistischen deutschen Studentenbundes und der Deutschen Studentenschaft zur umfassenden Einmischung in die Hochschulpolitik stießen auch in Partei und Bürokratie auf Widerspruch. Sie endeten in der Entmachtung der Studenten (vgl. Kater, 1975, S. 173 ff.; Kelly, 1973; Seier, 1964, S. 133 ff.). Autoritäre Staatlichkeit trat an die Stelle des unkontrollierten Aktivismus.

Daß hier ein Stückchen Gleichklang zwischen einer Politik, die von der Erhaltung der Befugnisse eines Institutsdirektors, und einer Politik, die von der Erhaltung der

Staatlichkeit ausging, deutlich wird, führt mich zu zwei Überlegungen zu den politischen Bedingungen von Widerständigkeit an der Universität im Nationalsozialismus. Die Universität hatte soziologisch gesehen sicher eine Sonderstellung im NS-Staat. Damit sich eine auch für den Nationalsozialismus, vor allem dann für Kriegsproduktion und Krieg nützliche Wissenschaft entfalten konnte, die genügend wissenschaftliches Niveau hatte, bedurfte es eines gewissen freien Raumes für die Wissenschaftler. Neue Forschungsergebnisse ließen sich nicht terroristisch dekretieren. Das erkannte selbst der Berliner Philosophieprofessor und Mitarbeiter des Amtes Rosenberg, Alfred Bäumler, als er 1944 an Rosenberg schrieb, die Forschung könne nur in der Luft der Freiheit Fortschritte machen (Poliakov & Wulf, 1959, S. 99). Die Wissenschaftler hatten einen gewissen Raum, in dem sie geduldet und gefördert wurden, ohne parteipolitische Konzessionen machen zu müssen, aber auch ohne sich diesen Raum in einem Kleinkrieg unbedingt erkämpfen zu müssen. Dies dürfte Handlungsmöglichkeiten in der Universitätspolitik geschaffen haben, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht existierten.

Eine zweite Überlegung richtet sich darauf, welche Vorstellung vom Verhältnis der Universität zum Staat erforderlich war, um an der Universität widerständig bleiben zu können. Die Professoren standen ja in dem Widerspruch, freie Wissenschaftler und Staatsbeamte zu sein, und vor dem Problem, die Universität in der von Spranger (1930) als das eigentliche Geheimnis der deutschen Universität bezeichneten inneren Spannung zwischen Stätte freier Wissenschaft und Staatshaushalt zu erhalten. Ganz im Sinne dieses "Dualismus" (Spranger) der deutschen Universität operierte Köhler, wenn er im Pochen auf die Staatlichkeit die Bewegung zu dämpfen versuchte und darauf hinwies, daß nur das Ministerium eine Weltanschauung der Wissenschaft vorschreiben könne, nicht aber eine Bewegung. Wurde aber nun auch der Staat von nationalsozialistischen Politikern beherrscht, so gab es denkerisch nur zwei Auswege. Den einen beschritt etwa René König (1935), indem er unter Rückgriff auf die Philosophie des deutschen Idealismus das bei Kant und Fichte noch nicht gelöste Verhältnis von Universität und Staat im Sinne von Schelling und Hegel so fassen wollte, daß beide aus dem Absoluten als Erscheinungsformen des Geistes zu fassen seien. Wie der Staat geistiger Natur sei, so werde Wissenschaft in der Selbständigkeit radikalisierten Denkens selber staatlich (S. 146 ff., 192 ff.). Staat und Wissenschaft bewegten sich danach aufeinander zu, wenn der Staat der Wissenschaft die Freiheit ließe. Dieses Konzept mag zwar Friedrich Wilhelm III. bei der Gründung der Berliner Universität eingeleuchtet haben, aber im Dritten Reich mißtrauten Partei und Bürokratie den Universitäten zu sehr, als daß sie auf eine gegenseitige Annäherung in Freiheit hätten warten wollen. Damit war der Ausweg verstopft, der es den Professoren ermöglicht hätte, als loyale Staatsbeamte und zugleich freie Wissenschaftler weiterzuarbeiten. Zur ideologischen Bedingung von Widerständigkeit wurde daher der Bruch mit einer überlieferten Vorstellung von Loyalität zur Obrigkeit, der die "geistesaristokratischen Mandarine" (Ringer) nur in der "massendemokratischen" Weimarer Republik ungern gefolgt waren. Bei manchen folte ein praktischer Bruch; Köhler und König emigrierten.³⁹

Anmerkungen

(1) Mündliche Mitteilung von Wolfgang Hochheimer; s. Geuter, U. Gespräche zur Entwicklung der Psychologie in Deutschland von den 20er Jahren bis 1945. Eine Protokollsammlung. (Berlin, 1982). Institut für Zeitgeschichte, München, ZS/A 37, f. 50.

(2) Mündliche Auskunft im Staatsarchiv Hamburg, 16.5.1983.

(3) Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Rep 76 Va, Sekt. 2, Tit. X, 150 Bd. 3, f. 377-411 und 585-590.

(4) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine Auswertung von Akten des Staatsarchivs Hamburg: K 20 1, Heft 355 (Psychologisches Institut); Hochschulwesen II Ai 3/5 (Besetzung der Professuren in der Philosophischen Fakultät, o. Professur für Philosophie und Psychologie); A 110.70, Heft 4 (Lehrstuhl für Psychologie und Sozialpädagogik); C 20/4, Bd. 5 (Protokolle der Sitzungen des Universitätssenats, 187.-220. Sitzung).

(5) Schreiben der Fakultät an die Landesunterrichtsbehörde vom 28.2.1934; Staatsarchiv Hamburg, Hochschulwesen II Ai 3/5, f. 64 ff.

(6) Philosophische Fakultät; "Vorschlag zur Wiederbesetzung des ordentlichen Lehrstuhls für Psychologie" vom 4.7.1935, Staatsarchiv Hamburg, A 110.70, Heft 4, f. 11 ff.

(7) Ebd., f. 10.

(8) Ebd., f. 14 (im Original "politivistisch").

(8a) Von Lauenstein erklärte gegenüber dem Verwaltungsdirektor der Universität am 20.4.1934, wie in einem Protokoll festgehalten wird: "Ich habe weder der Kommunistischen noch der Sozialdemokratischen Partei angehört. In meiner politischen Auffassung habe ich der Sozialdemokratie nahe gestanden ...

Es ist richtig, daß seinerzeit Angehörige des Instituts das Antifa-Abzeichen getragen haben. Dr. Duncker hat es im Institut und im Dienst bestimmt nicht getragen. Er hat mir gegenüber in einem Gespräche gelegentlich geäußert, daß der die Zugehörigkeit zu dieser Organisation für seine Person ablehnte." Vgl. Anm. 3, f. 483.

(9) Da der Artikel von Köhler immer als einzigartig herausgehoben wird, sollte jedoch auch einmal erwähnt werden, daß die Vossische Zeitung Berlin mit einem offenen Ton des Bedauerns und der persönlichen Wertschätzung die Entlassung von Wertheimer am 26.4.1933 berichtete: "Max Wertheimer hat mit seinen sparsamen und inhaltsreichen Untersuchungen eine der fruchtbarsten Richtungen der heutigen Psychologie, die sogenannte Gestalttheorie begründet."

(10) Siehe zu dem gesamten Vorgang die Ministerialakte über das Psychologische Institut, vgl. Anm. 3.

(10a) Vgl. das unten im Text zitierte Schreiben des Ministers an die Universität und das Schreiben des Verwaltungsdirektors der Universität an den Minister vom 5.6.1934, in dem es zu Otto von Lauenstein heißt:

"Ich ... melde, daß ich dem außerplanmäßigen Assistenten Dr. von Lauenstein am 15. Mai zum 30. Juni d.Js. seine Assistentenstelle gekündigt habe. Anliegend überreiche ich eine Eingabe des Dr. von Lauenstein vom 18. Mai, in welcher dieser bittet, die Kündigung zurückzunehmen. Ferner überreiche ich einen Bericht des stellvertretenden Direktors, Professor Rupp, vom 23. Mai, in welchem dieser die Bitte des Dr. von Lauenstein unterstützt. Ich schlage vor, es bei der Kündigung zu belassen. Daß Dr. von Lauenstein wissenschaftlich sehr tüchtig ist, mag ohne weiteres zugegeben werden. Von Lauenstein hat früher der Sozialdemokratie sehr nahe gestanden und er hat offensichtlich die persönlichen Verbindungen nach dieser Seite nicht gelöst. Was die Angaben des Institutsdirektors S..... angeht, so habe ich sie im Einzelnen geprüft. S..... ist in einem gewissen Übereifer wohl in manchen Punkten zu Vermutungen und Verdächtigungen gekommen, für die ein schlüssiger Beweis nicht erbracht werden kann. Die Verhältnisse im Psychologischen Institut bedürfen einer grundlegenden Änderung. Es ist nicht anzunehmen, daß Dr. von Lauenstein willens und in der Lage ist, an einer solchen Änderung mitzuwirken" (Ebd., f. 527).

Von Lauenstein hatte am 18. Mai geschrieben:

"..... Ich möchte noch einmal eigens darauf hinweisen, mit welcher Leichtfertigkeit Behauptungen über mich aufgestellt worden sind. Wenn zum Beispiel angegeben wurde, ich hätte von dem Mechaniker H..... ein kommunistisches Flugblatt entgegengenommen oder ich hätte mich noch im April 1934 mit dem Studierenden K..... im Psychologischen Institut getroffen, so sind das glatte Erfindungen." Er habe sich wohl mit K..... weiterhin außerhalb des Instituts getroffen. Es werde behauptet, K. habe sich staatsfeindlich betätigt, aber K. sei weder Kommunist noch Sozialdemokrat. "Der Umstand, daß Herr K..... Jude ist, konnte alleine kein Anlaß sein, mit ihm zu brechen.

Soviel ich weiß, ist dies der einzige Vorwurf von Belang, der auf Grund von Tatsachen gegen mich erhoben worden ist. Sollten noch weitere Anklagen vorliegen, so wäre ich sehr dankbar, wenn ich mich auch zu ihnen noch einmal äußern dürfte und dabei vielleicht Mißverständnisse aufklären könnte.

Zum Schluß möchte ich noch einmal meine bereits früher abgegebene Erklärung wiederholen, daß ich bereit bin, mich voll und ganz für die nationale Regierung einzusetzen. Ich bitte unter diesen Umständen das Ministerium, die ausgesprochene Kündigung, die meine wissenschaftliche Laufbahn wahrscheinlich vernichten würde, zurückzunehmen." (Ebd., f. 528 ff.).

Rupp hatte eine achtseitige Stellungnahme zu dem Antrag von Otto von Lauenstein geschrieben, in der er das Ministerium um dessen Weiterbeschäftigung bat. Darin hieß es: Die Entscheidung zur Auswahl von Assistenten aus dem Kreise der Studenten sei nicht immer leicht. "Im Falle von L. war sie aber leicht. Seine Doktorarbeit konnte mit dem nur sehr selten gegebenen Prädikat 'eximium' beurteilt werden... Diese wissenschaftlichen Argumente haben aber als selbstverständliche Voraussetzung, daß L. in charakterlicher und rassischer Hinsicht den Anforderungen eines deutschen Wissenschaftlers entspricht, und daß er vor allem politisch zuverlässig und auch aktiv bereit ist, seine

Kräfte in den Dienst des neuen Reiches zu stellen..."

Es klingt taktisch, wenn Rupp diese Einschätzung folgendermaßen konkretisiert:
"Es ist richtig, daß L. vor dem Umsturz nicht auf nationalsozialistischem Boden stand, und daß er sich nach dem Umsturz nicht von gestern auf heute umstellte. Eine so tiefgehende Umstellung, wie sie der Nationalsozialismus in politischer und weltanschaulicher Hinsicht verlangt, beansprucht, wenn die Überzeugung tief und ernst sein soll, längere Zeit..."

Im folgenden geht Rupp ausführlich auf die Unzuverlässigkeit der beiden Quellen von Anschuldigungen gegen von Lauenstein ein, die Aussagen des Institutsdirektors S. und den Bericht des Studenten Hennig. Beide seien mit den Verhältnissen im Institut nicht wirklich vertraut. (Ebd., f. 531 ff.).

(11) Es handelt sich bei dieser Zeitschrift offensichtlich um eine Publikation des grauen Marktes. Ein Exemplar dieser Zeitschrift, von der nach einer Notiz von Köhler in der zitierten Korrespondenz keine weitere Nummer mehr erschien, konnte bislang nicht lokalisiert werden.

(12) Köhler an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 16.1.1934, vgl. Anm. 3, f. 409 f.

(13) Günter Voigt an den Minister, 26.5.1933, vgl. Anm. 3, f. 357-360.

(14) Ebd., f. 363.

(15) Handschriftliche Notiz in den Ministerialakten, undatiert, ca. Mai 1934, ebd., f. 526.

(16) Entwurf des Ministerialerlasses vom 24.9.1934, ebd., f. 578 f.

(16a) Rubin an Auswärtiges Amt am 9. Mai 1934; C.S. Myers an Auswärtiges Amt am 28.5.1934; Alwin Johnson an Auswärtiges Amt am 29.5.1934; The New York Times, Berliner Büro, an Auswärtiges Amt am 9.5.1934; Constantin Calavrezo, Stipendiat der rumänischen Regierung, an Auswärtiges Amt am 30.4.1934; Lih Chen, chinesischer Student, an Auswärtiges Amt o.D. (Eingang am 3.5.1934); Clark W. Crannell, amerikanischer Student, an Auswärtiges Amt am 7.5.1934. (Ebd., f. 525, 424, 540, 567 und 575 ff.).

Herausragend äußert sich C.S. Myers:

"I am naturally concerned at the injury which the subject will thus suffer by the loss of one of the most distinguished psychologists of the whole world.

I wonder therefore, whether it is possible for you to give me some precise information as to the causes which have led to Professor Köhler's resignation, if the rumour of this be true.

I have had the privilege of his friendship for many years; and as the senior living psychologist in this country, I would like to do anything possible to safeguard my subject from the loss of so invaluable a contributor to its progress..." (f. 424).

(16b) Ebd., f. 536 f.

(17) Die Bewegung, 1930, 2, Nr. 1, S. 5 und 1931, 3, Nr. 2, S. 2. Lewin wird in einer Liste von jüdischen Professoren der Berliner medizinischen Fakultät als Privatdozent für Kinderpsychologie genannt, einer Liste, die veröffentlicht wurde, "damit die deutschblütigen Studenten der Medizin in Berlin Bescheid wissen". Über Stern heißt es: "Es ist halt so, Herr Prof. Jude Stern, Sie mögen erscheinen wie und wo sie immer wollen, ein nur einigermaßen biologisch geschulter Mensch wird sie immer als Jude erkennen."

(18) Am Berliner Institut gab es vier Assistentenstellen, die in den 30er Jahren folgendermaßen besetzt waren:

<u>Oberassistent</u>	<u>planm. Assist.</u>	<u>planm. Assist.</u>	<u>außerplanm. Assist.</u>
Hans Rupp (durchgehend wahrsch. seit 1922)	Kurt Lewin (seit 1.4.1921)	Karl Duncker (bis 1935)	Otto von Lauenstein (bis 1935)
	Hedwig von Restorff (Vertr. der Stelle ab 1.4.1934)	Robert Beck (ab 1.10.1935)	Hans Preuß (1.1.1936 bis 31.12.1936)
	Hans Keller (6.12.1934 bis 30.11.1939)	Hans-Joachim Firgau (1.1.1937 bis 31.3.1938)	Robert Beck (ab 1.1.1937)

(19) Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine Auswertung des vierten Bandes der Ministerialakten über das Psychologische Institut, der den in Anm. 3 genannten dritten Band ab 1935 fortsetzt: Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rp 76/37.

(20) Ebd., f. 124 f. Das Ende der Denkschrift ziert ein Tippfehler: "Heilt Hitler". Eine nette Fehlleistung eines von seiner Denkschrift noch nicht so überzeugten Karriereemachers?

(21) Zentrales Staatsarchiv Potsdam, 49.01 REM 2606, f. 1-16.

(22) Vgl. Anm. 19, f. 39 ff. und f. 131 f.

(23) Zentrales Staatsarchiv Potsdam, 49.01 REM 11887/2, f. 385.

(24) Vgl. Anm. 19, f. 92 ff.

(25) Ebd., f. 146 f. und Asen, 1955, S. 185.

(26) Universitätsarchiv Leipzig, PA 95, f. 14 f., Hervorhebungen des Originals ausgelassen.

(27) Ebd., f. 16.

(28) Ebd., f. 17 ff.

(29) Ebd., f. 41-44.

(30) Ebd., f. 45.

(31) Universitätsarchiv Leipzig, PA 62, f. 92.

(32) Leipziger Neueste Nachrichten vom 4.5.1933.

(33) Vgl. Anm. 31, f. 110-115 und f. 121.

(34) Universitätsarchiv Leipzig, Phil B 1, 14³⁷, Bd. V, f. 20 f.

(35) Vgl. Anm. 31, passim.

(36) Bundesarchiv Koblenz, NS 15/234, f. 54086.

(37) Ebd., f. 54069 ff.

(38) Carsten Klingemann, Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Un-erwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945. Unveröff. Manuskript, 1983, S. 12.

(39) Leider wurde mir erst nach Abschluß dieses Manuskriptes folgende Arbeit bekannt: Michael H. Kater, Die nationalsozialistische Machtergreifung an den deutschen Hochschulen. Zum politischen Verhalten akademischer Lehrer bis 1939. In Vogel, H.J., Simon, H. & Podleck, H. (Hg.) Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch. Baden-Baden: Nomos, 1981, S. 49-75. Kater fragt, inwieweit man das politische Verhalten der deutschen Hochschullehrer im Sinne eines typenspezifischen Verhaltens mit der sozialen Stellung von einzelnen Gruppen der Hochschullehrer in Verbindung setzen kann; dabei kritisiert er die gängigen politischen Typologien und macht die Schwierigkeit der Typisierung oder Klassifizierung politischen Verhaltens deutlich. Kater legt in dieser Studie erstmals eine genaue Untersuchung der Unterzeichner des "Bekenntnis der Professoren..." (1930) vor, dessen Unterzeichner aus der Psychologie oben im Text erwähnt wurden.

Literatur

- Asen, J. Gesamtverzeichnis des Lehrkörpers der Universität Berlin, Bd. 1: 1810-1945. Leipzig, 1955.
- Ash, M.G. The struggle against the Nazis. American Psychologist, 1979, 34, S. 363 f.
- Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat. Dresden, 1933.
- Beyerchen, A.D. Scientists under Hitler. Politics and the Physics Community in the Third Reich. New Haven/London, 1977.
- Bleuel, H.P. Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur. Bern/München/Wien, 1968.
- Bollmus, R. Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart, 1970.
- Bollmus, R. Zum Projekt einer nationalsozialistischen Alternativ-Universität: Alfred Rosenbergs "Hohe Schule". In Heinemann, M. (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Stuttgart, 1980, S. 125-152.
- Bracher, K.D. Die Gleichschaltung der deutschen Universität. In Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin, 1966, S. 126-142.
- Crannell, C.W. Wolfgang Köhler. Journal of the History of the Behavioral Sciences, 1970, 6, S. 267 f.
- Faust, A. Professoren für die NSDAP. Zum politischen Verhalten der Hochschullehrer 1932/33. In Heinemann, H. (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung. Stuttgart, 1980, S. 31-49.
- Gamm, H.-J. Der Flüsterwitz im Dritten Reich. München, 1972.
- Geuter, U. Die Zerstörung wissenschaftlicher Vernunft. Felix Krueger und die Leipziger Schule der Ganzheitspsychologie. Psychologie heute, 1980, 7 (H. 4), S. 35-43.
- Geuter, U. Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus. Unveröff. Phil. Diss., Freie Universität Berlin, 1982 (erscheint: Frankfurt/M., 1984).
- Geuter, U. Der Nationalsozialismus und die Entwicklung der deutschen Psychologie. In Lürer, G. (Hg.), Bericht über den 33. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Mainz 1982. Göttingen/Toronto/Zürich, 1983, S. 99-106.
- Henle, M. One man against the Nazis - Wolfgang Köhler. American Psychologist, 1978, 33, S. 939-944.
- Kater, M. Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918-1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimerarer Republik. Hamburg, 1975.

- Kelly, R.C. National Socialism and German university teachers: The NSDAP's efforts to create a National Socialist professoriate and scholarship. Unpubl. Ph.D. dissertation, University of Washington, 1973.
- Klingemann, C. Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23, 1981, S. 273-307.
- Köhler, W. Gespräche in Deutschland. Deutsche Allgemeine Zeitung, 28.4.1933 (Nachdruck in: Gestalt Theory, 1983, 5, S. 75 f.).
- König, R. Vom Wesen der deutschen Universität. Berlin, 1935.
- Krueger, F. Das Psychologische Institut der Universität Leipzig. In Bericht über den 4. Kongreß für Heilpädagogik. Berlin, 1929, S. 414 f.
- Lindner, H. "Deutsche" und "gegentypische" Mathematik. Zur Begründung einer "arteigenen" Mathematik im "Dritten Reich" durch Ludwig Bieberbach. In Mehrtens, H. & Richter, S. (Hg), Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Dritten Reiches. Frankfurt/M., 1975, S. 88-115.
- Losemann, V. Nationalsozialismus und Antike. Hamburg, 1977.
- Mandler, J.M. & Mandler, G. The diaspora of experimental psychology: the Gestaltists and others. In Fleming, D. & Bailyn, B. (Eds.), The intellectual migration. Europe and America 1930-1960. Cambridge/Mass., 1969, S. 371-419.
- Nolte, E. Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich. das parlament, Beilage Nr. 46 vom 17.11.1965.
- Poliakov, L. & Wulf, J. Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente. Berlin, 1959 (zitiert nach Seier, 1964, S. 107).
- Ringer, F.K. The decline of the German mandarins. The German academic community, 1890-1933. Cambridge/Mass., 1969.
- Rothfels, H. Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt/M./Hamburg, 1961⁴.
- Seier, H. Der Rektor als Führer. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1964, 12, 105-146.
- Seier, H. Niveauekritik und partielle Opposition. Zur Lage an den deutschen Hochschulen 1939/40. Archiv für Kulturgeschichte, 1976, 58, S. 227-246.
- Spranger, E. Das Wesen der deutschen Universität. In Das akademische Deutschland, Bd. III, 1930, S. 1-38.
- Spranger, E. Mein Konflikt mit der Hitlerregierung. o.O., 1955.

Stern, W. Das Psychologische Institut der Hamburgischen Universität in seiner gegenwärtigen Gestalt. Zeitschrift für angewandte Psychologie, 1931, 39, S. 181-227.

Weinschenk, C. Wolfgang Köhler im Jahre 1933. Psychologische Beiträge, 1967, 10, S. 622-624.

Zinnecker, J. Recherchen zum Lebensraum des Großstadtkindes. Eine Reise in verschüttete Lebenswelten und Wissenschaftstraditionen. In Muchow, M. & Muchow, H.H. Der Lebensraum des Großstadtkindes. Bensheim, 1980², S. 10-52.

Bisher erschienene Berichte aus dem

Psychologischen Institut der Universität Heidelberg

- Diskussionspapier Nr. 1: GROEBEN, N.: Vom behavioralen zum epistemologischen Subjektmodell: Paradigmawechsel in der Psychologie? September 1975
- Diskussionspapier Nr. 2: MÖBUS, C. & SIMONS, H.: Zur Fairness psychologischer Intelligenztests gegenüber ethnischen und sozialen Gruppen: Kritik klassischer Konzepte. Oktober 1975
- Diskussionspapier Nr. 3: WOTTAWA, H.: Skalenprobleme bei probabilistischen Meßmodellen. März 1976
- Diskussionspapier Nr. 4: TREIBER, B. & PETERMANN, F.: Zur Interaktion von Lernermerkmalen und Lehrmethoden: Rekonstruktion und Normierung des ATI-Forschungsprogramms. April 1976
- Diskussionspapier Nr. 5: MÖBUS, C. & WALLASCH, R.: Zur Erfassung von Hirnschädigungen bei Kindern: Nichtlineare Entscheidungsregeln auf der Basis von Veränderungsmessungen. August 1976
- Diskussionspapier Nr. 6: SCHEELE, B. & GROEBEN, N.: Voraussetzungs- und zielspezifische Anwendung von Konditionierungs- vs. kognitiven Lerntheorien in der klinischen Praxis. Dezember 1976
- Diskussionspapier Nr. 7: MÖBUS, C.: Zur Analyse nichtsymmetrischer Ähnlichkeitsurteile: Ein dimensionales Driftmodell, eine Vergleichshypothese, TVERSKY's Kontrastmodell und seine Fokushypothese. Juni 1977
- Diskussionspapier Nr. 8: SIMONS, H. & MÖBUS, C.: Veränderung von Berufschancen durch Intelligenztraining. Juli 1977
- Diskussionspapier Nr. 9: BRAUNMÖHL, C. v. & GRIMM, H.: Zur Kommunikationspsychologie: Ober Versuche der methodischen Konstitution eines genuin humanwissenschaftlichen Forschungsansatzes zur Entwicklung der Verständigungsfähigkeit. November 1977
- Diskussionspapier Nr. 10: HOFER, M.: Entwurf einer Heuristik für eine theoretisch geleitete Lehrer- und Erzieherbildung. November 1977
- Diskussionspapier Nr. 11: SCHEIBLER, D. & SCHNEIDER, W.: Probleme und Ergebnisse bei der Evaluation von Clusteranalyse-Verfahren. Juni 1978
- Diskussionspapier Nr. 12: SCHEELE, B.: Kognitions- und sprachpsychologische Aspekte der Arzt-Patient-Kommunikation. September 1978

- Diskussionspapier Nr. 13: TREIBER, B. & SCHNEIDER, W.: Mehr-
ebenenanalyse sozialstruktureller Bedingungen schulischen
Lernens. Oktober 1978
- Diskussionspapier Nr. 14: AHRENS, H.-J. & KORDY, H.: Möglich-
keiten und Grenzen der theoretischen Aussagekraft von multi-
dimensionalen Skalierungen bei der Untersuchung menschlicher
Informationsverarbeitung. Teil I: Formale und wissenschafts-
theoretische Grundlagen. März 1979
- Diskussionspapier Nr. 15: GROEBEN, N.: Entwurf eines Utopie-
prinzips zur Generierung Psychologischer Konstrukte. Juni 1979
- Diskussionspapier Nr. 16: WEINERT, F.E. & TREIBER, B.: School
Socialization and cognitive development. Juni 1979
- Diskussionspapier Nr. 17: GUNDLACH H.: Inventarium der älteren
Experimentalapparate im Psychologischen Institut Heidelberg
sowie einige historische Bemerkungen. 1978
- Diskussionspapier Nr. 18: SCHEELE, B. & GROEBEN, N.: Zur Rekon-
struktion von subjektiven Theorien mittlerer Reichweite.
Eine Methodik-Kombination von halbstandardisiertem Interview
(einschließlich Konfrontationstechnik) und Dialog-Konsens über
die Theorie-Rekonstruktion mittels der Struktur-lege-Technik
(SLT). Dezember 1979
- Diskussionspapier Nr. 19: GLOGER-TIPPELT, G.: Subjektive Theorie
von Frauen über ihre erste Schwangerschaft: Theoretische Kon-
zepte und methodische Möglichkeiten. Januar 1980
- Diskussionspapier Nr. 20: KÄMMERER, A.: Das Konzept 'psycho-
therapeutische Strategie' am Beispiel des Problemlösens.
Juli 1980
- Diskussionspapier Nr. 21: SCHEELE, B.: (unter Mitarbeit von
B.Tuschen und C.Maier): Subjektive Theorien über Ironie - als
Heuristik für einen wissenschaftlichen Hypothesenkörper.
August 1980
- Diskussionspapier Nr. 22: TREIBER, B.: Erklärung von Förderungs-
effekten in Schulklassen durch Merkmale subjektiver Unter-
richtstheorien ihrer Lehrer. Oktober 1980
- Diskussionspapier Nr. 23: RÖHRLE, B. & KOMMER, D.: Handlungs-
theoretische Betrachtungen zur primären Prävention psychi-
scher Störungen. Februar 1981
- Diskussionspapier Nr. 24: VOIGT, F.: Die Entwicklung des Zahl-
begriffs. Teil I: Entwicklungslinien des Zahlbegriffs im
Vorschulalter: Übersicht über theoretische Probleme und empi-
rische Untersuchungen, mit einer Bibliographie zur Zahlbe-
griffsentwicklung. Teil II: Entwicklungslinien des Zahlbe-
griffs im Vorschulalter: Deskriptive Untersuchung des kind-
lichen Zahlverständnisses und verwandter Konzepte. April 1981

- Diskussionspapier Nr. 25: SCHNEIDER, G. & WEIMER, E.: Aspekte der Kategorisierung städtischer Umwelt - Eine empirische Untersuchung. Juni 1981
- Diskussionspapier Nr. 26: SCHNEIDER, W. & SCHEIBLER, D.: Zur Evaluation numerischer Klassifikation: Probleme beim Vergleich von Clusteranalysen. August 1981
- Diskussionspapier Nr. 27: DRINKMANN, A. & GROEBEN, N.: Techniken der Textorganisation zur Verbesserung des Lernens aus Texten: Ein metaanalytischer Überblick. November 1981
- Diskussionspapier Nr. 28: GRAUMANN, C.F.: Theorie und Geschichte. November 1982, Historische Reihe Nr. 1
- Diskussionspapier Nr. 29: WOODWARD, W.R.: From the Science of Language to *Völkerpsychologie*: Lotze, Steinthal, Lazarus, and Wundt. November 1982, Historische Reihe Nr. 2
- Diskussionspapier Nr. 30: SOMMER, J.: Dialogische Forschungsmethoden. Dezember 1982
- Diskussionspapier Nr. 31: WINTERMANTEL, M. & CHRISTMANN, U.: Textverarbeitung: Empirische Untersuchung zum Verstehen einer Personbeschreibung. Januar 1983
- Diskussionspapier Nr. 32: SCHMALHOFER, F.: Text Processing with and without Prior Knowledge: Knowledge- versus Heuristic-Dependent Representations. Februar 1983
- Diskussionspapier Nr. 33: METRAUX, A.: Victor de l'Aveyron oder Zum Streit zwischen Kulturalisten und Biologen am Anfang des 19. Jahrhunderts. Mai 1983, Historische Reihe Nr. 3
- Diskussionspapier Nr. 34: GRAUMANN, C.F.: Wundt - Bühler - Mead - Zur Sozialität und Sprachlichkeit menschlichen Handelns. Mai 1983, Historische Reihe Nr. 4
- Diskussionspapier Nr. 35: GUNDLACH, H.: Folk Psychology and Social Psychology oder? Das Los des Ausdrucks 'Völkerpsychologie' in den englischen Übersetzungen der Werke Wundts. Mai 1983, Historische Reihe Nr. 5
- Diskussionspapier Nr. 36: WOODWARD, W.R.: Hermann Lotze's Concept of Function: Its Kantian Origin and its Impact on Evolutionism in the United States. Mai 1983, Historische Reihe Nr. 6
- Diskussionspapier Nr. 37: SCHNEIDER, G.: Reflexivität als Grenzproblem einer kognitiven Psychologie. August 1983